

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Landesregierungen Sachsen und Preußen-Litauen

Zeitungspreis einschließlich Bringerlohn in der Woche vom 8. 6. 14. September 1 600 000.— M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 8 500 000.— M., Einzelnummer 800 000.— M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spalt. Komparatizelle 400 000.— M., auswärts 450 000.— M., die 8spalt. Zeile 1 000 000.— M., auswärts 1 100 000.— M., 1 000 000 u. 4 800 000 M. Bei mehrmal. Auftrags Ermäßigung. Familienangeh. Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rab. Für Brieflieferungen 100 000 M.

Nr. 214

Dresden, Donnerstag den 13. September 1923

34. Jahrg.

Strefemanns Vorschläge

Sachwertfassung und Reparation

Bei dem Empfang der Presse hat gestern Strefemann seine angekündigte Rede gehalten, die die Diskussion über die Lösung des Ruhrproblems forterte. Wie das heute so in Ministerreden üblich ist, sprach er zunächst von den Opfern, die von allen Seiten gebracht werden müssten, und dabei forderte er auch eine Erhöhung der Arbeitsleistung. Das betrafte, so sagte er, sowohl die Frage der Arbeitsintensität als auch die Frage der Arbeitszeit. Es fehlt vollkommen der Beweis, daß sich durch eine Beseitigung des achtstündigen Arbeitstages etwas Wesentliches an unserer Lage ändern könnte. Wichtig ist, daß wir alles tun müssen, um den Ertrag unserer Produktion zu steigern. Aber weiß denn Herr Strefemann kein anderes Mittel zur Erhöhung der Produktion, als eine „Steigerung der Arbeitsleistung“? Einverstanden sind wir mit ihm insofern, als auch wir meinen, daß innerhalb der achtstündigen Arbeitszeit die Arbeitsleistung so gesteigert werden muß, wie das ohne Schaden für Leben und Gesundheit des Arbeiters möglich ist. Aber die Erfahrung hat gezeigt, daß eine Verringerung der Arbeitszeit sowie eine Steigerung der Arbeitsintensität führt und es ist anzunehmen, daß auch in Deutschland diese Wirkung an sehr vielen Stellen eintreten wird. Wenn wirklich noch hier und dort die Leistungen des deutschen Arbeiters zu wünschenswerten übrig lassen, so liegt das an der oft unzureichenden Ernährung und an der fortwährenden Verunreinigung des Arbeiters durch die Schwankungen unseres Geldwertes und die Unsicherheit unserer ganzen Verhältnisse. Der deutsche Arbeiter wird sich den achtstündigen Arbeitstag nicht nehmen lassen und wir dem überflüssigen Gebrede von der Verlängerung der Arbeitszeit wird höchstens das Gegenteil von dem erreicht, was man erreichen will. Die Erregung in der Arbeiterschaft wird gesteigert und das trägt jedenfalls nicht zu einer Erhöhung der Arbeitsleistung bei. Dem Arbeiter kommt man mit der Forderung der Verlängerung der Arbeitszeit. Aber dabei kümmert man sich nicht darum, ob die vielen anderen Mittel, die zu einer Steigerung der Produktion führen können, angewandt werden. Wir brauchen z. B. vor allen Dingen eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion. Aber was geschieht, um auch nur einigermaßen die Sicherheit zu schaffen, daß jeder Landwirt seinen Acker genügend düngt? Die Vorschläge, die von sozialdemokratischer Seite gemacht worden sind, um eine genügende Düngung unserer Felder sicherzustellen, sind von den bürgerlichen Parteien, und auch von der Partei des Herrn Strefemann, abgelehnt worden. Davon, daß wir durch eine planmäßige Organisation unserer Wirtschaft, durch die wir die Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß und eine gewaltige Steigerung der Produktion erreichen könnten, sprach Herr Strefemann natürlich überhaupt nicht. Mit Genehmigung kann man von der Erklärung Strefemanns Kenntnis nehmen, daß die Frage des wertbeständigen Geldes innerhalb der nächsten beiden Wochen gelöst sein wird. Man kann nur wünschen, daß dieses Versprechen des Reichszanklers in Erfüllung geht. Selbstverständlich wird man nicht erwarten können, daß innerhalb 14 Tagen das wertbeständige Zahlungsmittel auch der deutschen Volkswirtschaft zur Verfügung steht. Die Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels ist eine so schwere Aufgabe, daß sie nicht von heute auf morgen vollendet werden kann. Jedenfalls muß von der Regierung erwartet werden, daß sie so schnell und so energisch als möglich handelt.

Von der größten Bedeutung sind die Ausführungen Strefemanns über das Reparationsproblem. Strefemann erklärte mit aller Entschiedenheit, daß eine Verständigung mit Frankreich notwendig sei. Er ging auf die Ausführungen Poincarés ein, der in seiner letzten Rede erklärte, er zöge positive Sicherheiten den schönsten theoretischen Rechten vor. Der Kanzler sprach sich für die Erfassung der Sachwerte zur Lösung des Reparationsproblems aus. Es sollen auf Reichs- und Privatbesitz Hypotheken zugunsten des Reichs emgetragen werden. Diese Hypotheken sollen einer Treuhändergesellschaft übergeben werden, an deren Verwaltung die Reparationsgattungen detailliert sind. Auf Grund dieser Hypotheken soll diese Treuhändergesellschaft durch Ausgabe von Obligationen Anleihen aufnehmen, und so wäre die Möglichkeit gegeben, Frankreich sofort in den Besitz größerer Zahlungsmittel zu setzen. Strefemann bekennet sich somit zu der Erfassung der Sachwerte, wie wir sie hier immer wieder gefordert haben, nur mit dem Unterschied, daß wir nicht nur die Eintragung von Hypotheken, sondern die direkte Beteiligung des Reichs an den großen Unternehmungen durch Übernahme von Aktien und Geschäftsanteilen verlangten. Was hätte dem deutschen Volke erspart werden können, wenn man sich schon längst entschlossen hätte, die Erfassung der Sachwerte durchzuführen.

Strefemann ist offenbar der Ansicht, daß die deutsche Wirtschaft die ihr zugemutete Belastung nicht tragen können. Er verweist mit Genehmigung auf Anshote, die dem gegenwärtigen Kabinett von führenden Persönlichkeiten der Wirtschaft gemacht seien und die die Höhe der von ihnen vorgeschlagenen Zahlungen erwideln würden. Wir wissen nicht, um welche Angebote es sich handelt. Wieder haben wir mit der Überzeugung unserer Wirtschaftskreisler so schwere Erfahrungen gemacht, daß wir erst einmal abwarten wollen, wie diese neuen Angebote der Wirtschaftskreisler aussehen. Leider begeht Strefemann auch denselben Fehler, der bisher mit Ausnahme von Rathenau fast von allen unse-

Staatsmännern bei der Behandlung der Reparationsfrage gemacht wurde, er beschäftigt sich mit der Frage, ob das deutsche Volk die Belastung, die ihm aus der Reparation erwächst, wird ertragen können, geht aber nicht auf das Problem näher ein, wie diese Reparationszahlungen auf die Dauer erfolgen sollen. Es fehlt auch bei ihm der Hinweis, daß größere Zahlungen für Deutschland nur möglich sind, wenn eine internationale Marktwirtschaft es dem deutschen Volke ermöglicht, in großem Umfang die Erzeugnisse seiner Arbeit im Ausland abzusetzen.

Der Kanzler schloß seine Rede mit den Worten, daß es jetzt gelte, den Frieden durch eine Politik der Gerechtigkeit zu erhalten, die geeignet sei, die notwendigen Verbindlichkeiten zu beschwichtigen und damit Garantien für einen wirklichen Frieden zu geben. Wollen wir einen wirklichen Frieden, so ist es vor allen Dingen notwendig, daß den nationalistischen Gegnern, deren Treibereien eine ständige Gefahr für den Frieden der Völker bilden, das Handwerk gelegt wird. Darüber hat leider Herr Strefemann nichts gesagt. Er ist eben von der Deutschen Volkspartei. Die Sozialdemokratie wird es auch in Zukunft als eine ihrer wichtigsten Aufgaben ansehen, die nationalistische Pest mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Die Rede des Reichszanklers

Im Presseamt der Reichsregierung hielt der Reichszankler Leo Strefemann vor Vertretern der Presse eine Rede, die eine Antwort auf die letzten Reden Poincarés darstellte. Strefemann führte aus:

Die Lage bietet ein Bild äußerster Spannung, auch im Innern. Unsere Finanzen sind in einer schlimmen Verfassung. Die Wirtschaft führt die Folgen der Abschneidung von der Ruhr und die Folgen einer überhöhten Preis- und Lohnpolitik. Ohne Opfer und ohne Fragen nicht zu lösen. Ein Opfer für das Reich waren die neuen Steuern. Die bayerische Staatsregierung hat an die Reichsregierung den Wunsch geäußert, in eine Prüfung über Erleichterungen einzutreten. Diesem Wunsch werden wir willfahren. Wo Abhilfen unabweisbar sind, wird eingegriffen werden, aber man muß sich klar sein: Wir müssen dem Staat geben, was das Land erträgt. Gewiß muß, wenn auf diesem Gebiete Last eingegriffen wird — und bei Regelung der außenpolitischen Fragen wird noch weit stärker in den Besitz und die Wirtschaft eingegriffen werden müssen — auch gefordert werden,

daß die Arbeitsleistung gesteigert wird.

Das betrifft sowohl die Frage der Arbeitsintensität wie auch die Frage der Arbeitszeit. Das Kabinett wird sich in den

nächsten Tagen zunächst mit der Frage beschäftigen, wie eine Erhöhung der bergbäulichen Produktion im nördlichsten Deutschland zu ermöglichen ist. Es ist nicht zu erwarten, wenn in 17 Wochen das Steinkohlenbergbau im unbesetzten Gebiet die Höhe erlangt, die für die Deckung der Bedürfnisse des Reichs erforderlich ist. Es ist niemand berechtigt, den Staat durch Winderzeugung in dieser Weise zu schädigen.

Die Regierung wird den Wünschen der exportierenden Kreise in bezug auf Erleichterung der Ausfuhrkontrollen und der Ausfuhrabgabe weit entgegenkommen, aber entscheidend ist und bleibt für unsere Zukunft die

Aufrechterhaltung der Konsumkraft im Innern

und nach dieser Richtung kann die Sozialpolitik, kann die Frage der Arbeitsintensität auch nicht unabhängig von der Preispolitik betrachtet werden.

Der Mährungsverfall ist weit fortgeschritten. Wir haben keine Angst davor gehabt, in bezug auf währungsrechtliche Mittel auch drastische Maßnahmen zu ergreifen, aber damit ist es nicht getan. Nicht allein mit Verboten, mit Beschränkung kann diese Frage technisch gelöst werden, es handelt sich darum, daß daneben positive Maßnahmen erfolgen. Ich glaube, daß innerhalb der nächsten beiden Wochen

die Frage des wertbeständigen Geldes gelöst sein wird.

Aber die Mark muß Zahlungsmittel bleiben, und alle Maßnahmen bezwecken, irgendeine Stabilisierung der Mark wiederherzustellen. Aber auch hier ist Offenheit besser als Illusion: Ohne Lösung des außenpolitischen Konflikts ist die Finanzfrage nicht in Ordnung zu bringen, der Verfall der Mark nicht aufzuhalten, eine wirtschaftliche Gesundung nicht herbeizuführen. Die Regierung hat sich vom ersten Tage des Amtsantritts an die Lösung des Ruhrkonflikts zur Aufgabe gestellt. Nachpolitisch war diese Frage nicht zu regeln. Das Ziel des passiven Widerstandes konnte nur sein, das Ruhrgebiet zu befreien. Aber die bisherige Fühlungsnahme zeigt zugleich die bestehenden Schwierigkeiten. Für uns ist entscheidend die Frage der Souveränität über das Ruhrgebiet und die Wiedergewinnung der Freiheit des Ruhrgebietes, ohne Preisgabe deutscher Freiheitsrechte, ohne Preisgabe eines breitgedeuteten deutschen Lebens. Dafür sind wir bereit,

reale Garantien zu geben.

Der französische Ministerpräsident hat kürzlich erklärt, er zöge die positiven Sicherheiten, die Frankreich in der Ruhr habe, den schönsten theoretischen Rechten vor. Er beabsichtigte nicht, Pönder gegen allgemeine Garantien auszusprechen, und er hat weiter betont, daß die Garantien, die ich in Vorschlag gebracht hätte, zu den Hypotheken gehörten, die der Versailler Vertrag den Alliierten auf den gesamten Besitz des Reichs und der Länder gab.

Diese Auffassung des französischen Ministerpräsidenten muß ich als irrtümlich bezeichnen. Nach dem Versailler Vertrag haftet für die Verbindlichkeiten Deutschlands das Vermögen des Reichs und der Länder. Was ich in meinen Darlegungen vorgeschlagen habe, betraf die

unmittelbare Heranziehung des Privatbesitzes

und geht deshalb in diesem Punkte über den Versailler Vertrag hinaus. Ebenso ist aber diese Heranziehung des Privatbesitzes ein realisierbares Plan, während die Sicherheiten des Versailler Ver-

Ein kommunistisches Ultimatum

Die Kommunisten benehmen sich bedauerlichen Vorgänge in Dresden zu einem Vorstoß gegen die Regierung. Der kommunistischen Presse wird vom Landesvorstand der K. P. D. geschrieben:

Im vergangenen Freitag hat Zeigner im Reichstag in Dresden in einer Versammlung erklärt, im Falle die Hungerkatastrophe nicht verhindert, und er lehne es ab, mit Polizeimethoden die hungernden Arbeiter zu bekämpfen. Das abermalige Blutbad der Dresdner Polizei hat jetzt die praktische Illustration der Zeignerschen Rede gegeben. Die Polizei der sächsischen Sozialdemokratie lieferte der Arbeiterschaft nach dem Arbeitermord vom 8. Juli in Leipzig in Dresden die zweite Schläge. Das Blutbad war zu verhindern. In der Polizei des sächsischen Polizeipräsidenten Menge sind reaktionäre Offiziere, die auf Arbeiter losgelassen werden. Die kommunistische Partei hat der sächsischen Regierung zur unmittelbaren Vornahme der Rat der Gewerkschaften, Arbeiter und Rentner praktische Vorschläge mehr als einmal unterbreitet. Die Regierung war zu feig. Sie lehnte die elementarsten Maßnahmen ab. Jetzt sieht sie vor einem neuen Blutbad als Ergebnis ihrer Politik. Nach dem Leipziger Blutbad, nach den verübten schändlichen Provokationen in Radeburg, Chemnitz u. a. hat die Regierung aus Furcht vor dem Würgertum seine Generalreinigung des Verwaltungsapparates und der Justiz gewagt. Die einfachsten Forderungen der Kommunisten fanden taube Ohren.

Der Landesvorstand Sachsen der K. P. D. fordert die sächsische Regierung auf, das Demonstrationsverbot sofort aufzuheben und spätestens bis zum 15. September die an dem Blutbad schuldigen Offiziere sowie die fahrlässigen Provokateure in der Polizei zu entlassen und zu bestrafen. Geschieht dies nicht, dann entgeht die kommunistische Partei dieser Regierung sofort ihre Unterstützung.

Als ein regelrechtes Ultimatum an die Regierung. Gaben die sächsischen Kommunisten etwa von höherer Stelle die Weisung bekommen, nach Thüringer Muster unter allen Umständen eine Regierungskrise heranzubekommen? Liegt ihnen daran, auch die letzte rein sozialistische Regierung in Deutschland zu beseitigen? Wir sind es ja gewohnt, wenn die Polizei einmal zur Waffe greift, so wird es von den Kommunisten immer so dargestellt, als ob die Polizei von vornherein darauf ausgegangen sei, ein Blutbad herbeizuführen. Immer nun irgendeine sozialistische oder reaktionäre Niederträchtigkeit dahinterzudenken, die noch kommunistischer Darstellung von der Sozialdemokratie wohlwollend gebüh-

wird. Aber nie lesen wir in der kommunistischen Presse eine Warnung an die Elemente, die durch ihr Verhalten die Polizei zwingen, sich zur Wehr zu setzen. In dem Dresdner Fall ist ausdrücklich festgestellt worden, daß niemand einen Befehl zum Schießen gegeben hat, sondern daß einzelne Beamte zur Waffe griffen, weil sie von einem Hagel von Steinen und Glasplittern überhüllt wurden. Wollen wirklich die Kommunisten die Meinung vertreten, daß Polizeibeamte verpflichtet sind, sich widerstandslos mitanzusehen und totzuschlagen zu lassen?

Selbstverständlich müssen die Dresdner Vorgänge gründlich untersucht werden. Die Aufhebung des Demonstrationsverbots ist bereits beschlossen worden, nicht weil die Kommunisten die Aufhebung fordern, sondern aus politischen Gründen. Der Beschluß war bereits gefaßt, ehe das kommunistische Ultimatum bekannt wurde. Aber die Regierung ist selbstverständlich nicht der Lage, die „an dem Blutbad Schuldigen“ zu entlassen, wenn solche Schuldigen nicht festzustellen sind. Sie kann nicht einfach irgendwelche Beamte auf die Straße setzen, weil das die Kommunisten zur Befriedigung ihres Agitationsbedürfnisses fordern. Stürzen die Kommunisten jetzt die Regierung Zeigner, weil sie eine einfach unmögliche Forderung nicht erfüllt, so würde das nur beweisen, daß die Kommunisten schon längst auf einen Vorwand gewartet haben, um der Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien ein Ende zu machen. Der Arbeiterkampf müßte es dann überlassen bleiben, ihr Urteil über das betrübliche Treiben der Kommunisten zu fällen.

In der Aufschrift des Landesvorstandes der K. P. D. wird der Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie keine Generalreinigung des Verwaltungs- und Justizapparates gewagt habe. Die Kommunisten wissen genau, wieviel die Regierung Zeigner schon getan hat, um den Verwaltungsapparat mit zuverlässigen Persönlichkeiten zu durchsetzen. Aber man kann von den Kommunisten nicht erwarten, daß sie jemals die Leistungen einer sozialdemokratischen Regierung anerkennen. Sie leben davon, daß sie die Sozialdemokratie verurteilen, daß sie den Arbeitern immer wieder erzählen, wie sehr die Sozialdemokratie verlaßt. Es ist nur zu schade, daß die Herrschaften nicht endlich bereit sind, selbst in die Regierung einzutreten. Dann könnten sie ja zeigen, wie es besser gemacht werden kann.

trags dies derzeit nicht sind. Wenn auf Reichsbesitz und Privatbesitz der Wirtschaft als Pfandrecht an erster Stelle

Hypotheken zugunsten des Reiches

eingetragen werden, und zwar in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes dieses Besitzes, so kann diese Hypothek als reales und mobiles Wertobjekt in eine Treuhandgesellschaft eingebracht werden, an deren Verwaltung die Reparationsgläubiger beteiligt werden könnten.

Die ist frei von jeder Abhängigkeit. Sie kann Frankreich in dem Maße von Zahlungen sehen, wodurch die von französischer Seite angeforderten Forderungen für die Räumung des Ruhrgebietes erfüllt werden.

Ich hoffe auf die Möglichkeit einer solchen Regelung. Frankreich hat durch seinen Ministerpräsidenten wiederholt erklärt, daß es keine Annexionen beabsichtigt, daß es nicht an der Ruhr zu bleiben gedenke.

Wir sind in der Lage, die deutsche Wirtschaft die ihr angemessene Belastung zu tragen können. Ich darf mit Bestimmtheit darauf hinweisen, daß dem gegenwärtigen Kabinett von führenden Persönlichkeiten der Wirtschaft Leistungen angedungen worden sind in der Höhe, die uns die Ausführung der heute von mir vorgeschlagenen Zahlungen ermöglichen wird.

Freiheit des Landes oder Besitz des Einzelnen

so müssen wir hoffen, daß die deutsche Wirtschaft sich nicht niedriger rückt als jene österreichische Landschaft, die einst durch Hingabe ihres Besitzes als Pfand für den Staat Preußen die Abtragung einer großen Kriegsschuldigung ermöglichte.

Der französische Ministerpräsident hat hingewiesen auf die Art und Weise, in der einst nach dem Kriege 1870/71 die Verhältnisse zwischen Frankreich und Deutschland wieder geregelt worden sind. Aus der Korrespondenz zwischen Thiers und dem Grafen Saint-Aulaire mit dem Generalmarschall v. Montauzel geht hervor, daß Deutschland als aufstrebende Macht nach einem gemeinsamen Kriege sich sehr wohl bewahrt war, daß zum friedlichen Nebeneinanderbestehen von Nationen auch die Schöpfung berechtigter Selbstbestimmungen im Bereiche der Nationen notwendig ist.

Die Berliner Bessprechungen

Der französische Arbeitsminister kommt nach Berlin

Nach Berliner, Brüsseler und Pariser Meldungen nehmen die Bessprechungen des Reichskanzlers Stresemann mit dem französischen Botschafter und dem belgischen Gesandten in Berlin ihren Fortgang. Der belgische Gesandte hat erklärt, daß die Unterhaltungen in einem zufriedenstellenden Sinne erfolgen.

Leben - Wissen - Kunst

Apophorismen für Umstürzler

Von Bernhard Shaw

Sehe keinen Nächsten nicht wie dich selbst; es ist eine Frechheit, wenn du mit dir zufrieden, und eine Beleidigung, wenn du mit dir unzufrieden bist.

Freiheit bedeutet: Verantwortlichkeit, das ist der Grund, weshalb die meisten Menschen sich vor ihr fürchten.

Wer politische Freiheit mit persönlicher Freiheit verwechselt und politische Gleichheit mit persönlicher Gleichheit, hat niemals auch nur fünf Minuten lang über Freiheit und Gleichheit nachgedacht.

Gib dich vor dem Menschen, dessen Gott im Himmel ist. Man kann an Götter nicht glauben, bevor man sie ertragen hat. Ich bete dir, Kar und rein zu bleiben; du bist das Feinste, auch das da die Welt sehen muß.

Die Tugend besteht nicht im Verzicht auf das Bessere, sondern darin, daß man es nicht begehrt.

Die Sparsamkeit ist die Kunst, aus dem Leben so viel wie möglich herauszuschlagen.

Wenn wir einen großen Mann begreifen können, dann müssen wir ihn hängen.

Wer ein lebenslängliches Glück mit einem schönen Weibe wünscht, gleich dem Trinker, der den Geschmack des Weines dadurch dauernd zu gemessen sucht, daß er seinen Mund immer voll davon behält.

Wer Johnson hat, hat jeden, dessen Fäule gesund sind, für glücklich. Der an Krampf Leidende begehrt denselben Artum dem gleichen gegenüber.

In einer kühnen und unglücklichen Welt kann sich auch der weiche Mensch als Heldentat und Unglück verschaffen.

Das unentworfene Ich ist das wirkliche Genie. Dein Kram geht insich im Augenblick, wo dein bewußtes Ich sich mit ihm vermenigt. Wenn du damit beginnst, dich denen aufzuopfern, die du nicht, wirst du damit enden, die zu hassen, denen du dich aufgeschneidert hast.

Die Philharmoniker-Krise

Da die so glänzend eingeführten, wertvollen Sinfonie-Konzerte des Gewerkschafts nun wirklich eine Unterbrechung auf unbestimmte Zeit erfahren - die Mitglieder des Philharmonischen Orchesters sind bereits der Gewerkschaften für den Fall der Öffentlichkeit Interesse haben, einiges aus einer vom Orchester an und gerichteten Zukunft zu erfahren über die Ursachen des Zusammenbruchs, die durchaus nicht allein in den deutschen

geworden, als Stresemann öffentlich zugegeben hat. Ein Beweis dafür ist, daß der französische Arbeitsminister Le Troquer in den nächsten Tagen nach Berlin kommen wird, um mit der deutschen Regierung in der Ruhrfrage direkt Fühlung zu nehmen. Nach Pariser Telegrammen soll diese Reise unmittelbar bevorstehen. Wird hier eine gewisse Grundlage gefunden, so sind dann direkte Verhandlungen mit Frankreich und Belgien zu erwarten. Wichtig ist, daß alles genau wird, die Verständigung zu beschleunigen.

Italien bleibt auf Korfu

Was vorauszusehen war, wird durch die Entwicklung bestätigt: Italien weicht nicht von Korfu, richtet sich im Gegenteil auf dieser widerrechtlich besetzten griechischen Insel häuslich ein. Mussolini und seine faschistische Presse erklären einfach, erst müßten alle Forderungen Italiens von Griechenland restlos erfüllt sein, ehe man an Räumung Korfus denken könne. Und sollte sich die Untersuchung über einen beträchtlichen Zeitraum ausdehnen und sollten die Verbrecher nicht ernde werden, so werde die italienische Regierung mit der Begründung, daß dies auf den Mangel guten Willens bei Griechenland zurückzuführen sei, vielleicht noch weitere Forderungen stellen. Da die griechische Regierung und auch alliierte Kommissionen bisher die Forderungen nicht ermitteln konnten - in den albanischen Bergen ist das keine einfache Sache - so hat sich Mussolini schon den Weg Korfus für unbegrenzte Zeit zugesperrt. Italien bleibt in Korfu, weil es im östlichen Mittelmeer vorherrschend will und zugleich mit dieser Flottenbasis Südpolen endgültig Fiume abjagen wird. Das ganze Vorgehen entspricht einem bestimmten Plane.

Und nun rüstet Italien zum bewaffneten Konflikt. Auf Korfu begannen italienische Truppen bereits mit dem Bau eines Flugzeugplatzes und der italienische Marineminister inspiziert in den nächsten Tagen die Verstärkungen. Die Italiener besetzen auch die Insel Serris „zum Schutze des Landes Korfu“. Weiter legen sie im Kanal von Otranto Minen usw. usw. Wer da an die Räumung Korfus glaubt, ist sehr einsächtig. In Frankreich wird das alles als „peinlich“ empfunden. Poincaré will angeblich „vermitteln“. In England ist die Regierung „erregt“, weil ihre Interessen im Mittelmeer bedroht sind. Aber es geschieht nichts, doch scheint sich England zu rüsten. Die Dinge verschärfen sich. Wenn Mussolini auf der Ausbreitung des faschistischen Imperialismus so stierndig be-

Der Regierungsturz in Thüringen

Aus Weimar wird der Parteipresse über den Sturz der sozialistischen Regierung durch den vereinigten kommunistisch-bürgerlichen Überbau folgendes berichtet:

Genau wie in Sachsen war eine Landtagsmehrheit für die Sozialdemokratie nur mit Hilfe der kommunistischen Stimmen möglich. Nach parlamentarischen Brauch hätte also gleich nach den Wahlen eine gemeinsame sozialdemokratisch-kommunistische Koalitionsregierung gebildet werden müssen. Unter Genossen haben das entschieden versucht, aber da die Kommunisten bei ihrer grundsätzlichen Ablehnung des parlamentarischen Systems den Eintritt auch in eine solche Koalitionsregierung ablehnten und weiter ablehnen, so blieb in Thüringen nichts anderes übrig, als entweder eine bürgerlich-sozialistische Koalition oder aber eine sozialistische Minderheitsregierung, die auf die Unterstützung der Kommunisten angewiesen blieb, wenigstens soweit sie besonders soziale oder sozialistische Gedanken in die Gesetzgebung übertragen wollte.

Dieser Versuch einer Minderheitsregierung, die sich auf kommunistische Hilfsparteien stützte, wurde also auch in Thüringen gemacht, nicht ohne die größten Schwierigkeiten. Die Sozialdemokraten, die sich als Partei und als Einzelpersonen in die Rechte stellten, um aus dem Kleinparteiengewirr Thüringens den neuen demokratischen Einheitsstaat zu schaffen und diesen Einheitsstaat nach Möglichkeit mit sozialistischen Tendenzen zu durchziehen, haben manches schwere Opfer bringen müssen. Während die bürgerlichen Parteien, die aus ihrer früheren Kleinparteienschaft vollkommen verdrängt waren, gegen die sozialistische Regierung mit allen parlamentarischen Mitteln anknüpfen und es zu Verdrängung und Verdrückung nicht fehlen ließen, wurde die Regierungsarbeit durch kommunistische Teuligkeit und Vorschreiere immer wieder gestört und in Frage gestellt. Trotz den Schwierigkeiten dieser parlamentarischen Lage hat die sozialdemokratische

harrt, wie er sie begann, so ist mit bedrohlichen Entladungen am Balkan und im Mittelmeer zu rechnen.

Beamtenfreunde

Die Beamtenvertretung des Dresdner Postfachamtes hatte sich auf Empfehlung hin wegen Lieferung von Herbstkartoffeln für das Personal an Frau Gräfin von Pfell in Adelsdorf bei Hainau (Schles.) gewandt. Auf die höfliche Anfrage gab die Frau Gräfin, die eifriges Vorstandsmitglied der Deutschnationalen Volkspartei ist, persönlich folgende unerschöpfliche Antwort:

Infolge der hohen Goldsteuern sind wir nicht in der Lage, größere Posten auf einmal zu verkaufen. Wir müssen vielmehr ratenweise die Mengen abgeben, um bei der großen Selbstverwertung auch nur einigermaßen den Betrieb aufrecht zu erhalten! Ferner werden Kartoffeln aber sofort abzugeben (b. h. Ende September) gegen Kohle oder Stroh. - Nicht nach Geldpreisberechnung, sondern nach Wertzahl! Sorgen Sie in der Lage sein, Kohlen zu liefern, so bin ich gern bereit, Kartoffeln Ihnen dafür zu geben und erbitte Ihre Vorschläge.

Ergebenst Gräfin von Pfell. Hierauf ist der große Volksfreund die einzig richtige Antwort erteilt worden:

An Frau Gräfin von Pfell Adelsdorf bei Hainau (Schlesien).

Da die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Postfachamtes gleich den übrigen Arbeitnehmergruppen schon seit Jahren erhebliche Steuerermäßigungen im Voraus mit vollem Recht Geld entrichtet haben, waren sie leider nicht in der Lage, Gelder zum Ankauf von Kohlen und Stroh zurückzugeben. Den Beamten stehen daher weder Kohlen- noch Strohlieferungen zur Verfügung an die Landwirtschaft zur Verfügung. Falls sie aber trotzdem auf die Lieferung dieser Substanzen bestehen, so müßten wir sie bitten, sich an die kapitalstärkenden Kreise zu wenden, die bisher ihre wasserländische Pflicht zur Stärkung der Staatsfinanzen ohne Rücksicht auf die Not der schaffenden Kreise nicht erfüllt haben.

Für die Zukunftsverbitten wir uns ganz entschieden Demütigungen und Provokationen, wie sie in Ihrem letzten Schreiben enthalten sind.

Bei weiterem mangelndem sozialen Verständnis steht zu befürchten, daß die bei uns bereits seit Jahren bestehende Not zwangsläufig auch Ihre werden wird.

Wenn die Beamten, Angestellten und Arbeiter aus diesem für die bestehende Klasse typischen Verhalten noch immer nicht erkennen, daß sie als bezugslose Klasse nur Ausbeutungsobjekte dieser Klasse sind, dann ist ihnen nicht zu helfen.

Regierung auf den verschiedensten Gebieten vorbildlich gearbeitet. Außer der Vereinheitlichung des Staates, die mühselige und langwierige Verhandlungen vermag, und staatsrechtlicher Art mit den früheren Einheitsstaaten erforderlich, wurde die neue Kreiseinteilung, eine Gemeinde- und Kreisordnung, ein Gemeinde- und Kreisabgabengesetz, ein Befehlsgesetz für die Gemeindevorstände und schließlich ein Bodensperregesetz geschaffen. Das letztere soll die Bodenpekulation und den Bodenwucher unterbinden. Es bestimmt, daß kein unbebautes und unbebautes Grundstück ohne Verkaufsgenehmigung veräußert werden darf, und daß in jedem Verkaufsfalle das Land Thüringen, der Kreis oder die Gemeinde das Vorkaufsrecht ausüben dürfen.

Alle die erwähnten grundlegenden Gesetze in dem neu entstandenen Einheitsstaat konnten nur mit Hilfe der Kommunisten zur Annahme gelangen, da die bürgerlichen Parteien ihre Zustimmung verweigerten. Besonders durchgreifend waren die Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Volkshochbildung. Es wurde ein besonderes Volkshochbildungsinstitut geschaffen, dessen Leitung dem sozialdemokratischen (früher unabhängigen) Abgeordneten Lehner Groll übertragen wurde. Dieses Volkshochbildungsinstitut hat mit frischem Mut eine grundlegende Reform des Schulwesens angegriffen und durchgeführt. Es hat die Einheitschule in Thüringen verwirklicht und durch das Schulverwaltungsrecht die Einheitschule verwaltungsrechtlich verankert. Auch auf wirtschaftlichem Gebiete hat die thüringische Regierung praktisch und bahnbrechend gearbeitet, indem sie unter anderem durch die Schaffung der Thüringischen Staatsbank dem Staat eine finanzielle Stütze gab.

Trotzdem die Kommunisten infolge ihrer Unfähigkeit, eigene Politik zu treiben, fast allen sozialdemokratischen Vorschlägen aufstimmten mühten, haben sie

Winterkonzerte planen, sich davon nicht abhalten lassen sollen. Die fehlenden Klavier dürfen die Staatskapelle und andere hiesige Orchester zu stellen in der Lage sein.

Dresdner Kalender

Theater am 14. September. Opernhaus: Tiesland (7 1/2). Volksbühne Nr. 1871 bis 1885. - Schauspielhaus: Wehler und Gandler (7 1/2). Volkshöhle Nr. 8701 bis 8780. - Reusstädt Schauspielhaus: Geflohen. - Residenz-Theater: Der Gauner (7 1/2).

Die Volkshöhle (Aufnahmen neuer Mitglieder Montag 8 bis 10 Uhr abends im Volkshaus) plant für den kommenden Konzertabend folgende Veranstaltungen: 4. u. 6. Okt., Vereinshaus, a cappella-Werk, Solist Waldemar Staegemann; 14. u. 16. Dez., Vereinshaus, Chorwerk, Tändeleien v. Georg Schumann, Solisten, Orgel, Klavier und Harfe. Ferner sind geplant: Konzert der Staatskapelle unter Generalmusikdirektor Busch, ein Wiederabend, ein Musikvortrag und für April eine Oratorienaufführung (Chor, Solisten, Orchester).

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß den musizierenden Kreisen, denen der Besuch der öffentlichen Konzerte mehr und mehr zur Unmöglichkeit wird, Gelegenheit geboten ist, für einen verhältnismäßig niedrigen Monatsbeitrag alle diese Konzerte unentgeltlich zu hören.

Der russische Geiger Soerms und Moskau gibt sein Dresdner Abschiedskonzert nächsten Montag (7 1/2) im Vereinshaus unter Mitwirkung von J. S. R. A. N. d. e. i. r. o. b., Hannover (Klavier), Karten bei F. Ries, Seestraße 21, Buchhandlung der V. S. D., Wettinerplatz, Buchhandlung der V. S. D., Röhrenstraße 24, und an der Abendkasse. - Freitag, 21. Sept., Palmengarten, Konzert von W. A. G. H. e. r. (Sopran) unter Mitwirkung von W. A. G. H. e. r. (Klavier). - Dienstag, 25. Sept., Kammer-Strichlänge von Boris Solom (Bismarck-Schule), Karten bei F. Ries, Seestraße 21.

Das Altertumsmuseum im Großen Garten ist jetzt auch Sonntag, vom 10 bis 1 Uhr, geöffnet. Die bisherige Weinsozialität, täglich von 8 bis 10 Uhr, bleibt bestehen, ebenso die unentgeltliche Öffnung am Sonntag nachmittag. - Nächste Prüfung Freitag, nachmittags 5 Uhr.

Sächsische Landesbibliothek. Die Reueverordnungen der letzten acht Tage sind vom 17. bis 22. September im Lesesaal der Bibliothek ausgestellt.

Kleine Mitteilungen

Die Schlüsselzahl des Buchhandels beträgt vom 16. September an neun Millionen. Mit dem unabhängigen Finanzrahmen der Wahlerpresse wird Deutschland nun auch dem geistigen Hunger tobe ausgeliefert.

Wirtschaftsverhaltnissen zu suchen sind. Eingangs betont die Zukunft, die zu verantworten wir den Unterzeichneten überlassen, daß in den Artikeln der bürgerlichen Presse, betr. das Ende des Philharmonischen Orchesters, bei allem anerkennenden bedauernden Interesse doch zu wenig die „gerechte“ Sache des Orchesters vertreten wird. Die Artikel wären im ganzen viel zu sehr gegen den Deutschen Musikerverband gerichtet, der doch gerade bei den schon seit Jahren unhaltbaren Zuständen zu große Juruhaltung bewahrte und nur jetzt den unaufrohlichen Klagen und Willen seiner „Philharmonischen“ Mitglieder nicht mehr talentlos gegenübersehen durfte. Dann heißt es wörtlich: „Wer trägt die Schuld, daß es soweit kommen mußte? Wohl gar die alten Mitglieder, die alle die Jahre hindurch mit Sungenlosen auskommen mußten und allen Intrigen ausgesetzt waren? Warum konnte nicht ein einziger aller der Orchestervorstande helfen? Warum gingen sie? Sollen die hohen Gogen, die ganz Besondere aus besonderen Gründen erhielten, weitergezählt werden, damit das Gros der Mitglieder den Dienst (dafür, D. Schr.) tun sollte? Welches Mitglied erträgt sie seinen verdienten, geschulden Urlaub? Warum erkannten alle anderen Kapellmeister in vorzüglichen Orchestern gerade diese Kräfte, die man im Philharmonischen Orchester nie anerkennen wollte?“

Weitere Fragen der Zukunft stellen wir noch zurüd, um nur noch der letzten Forderung der Philharmoniker, die sich im Schlußsatz ausdrückt, Platz zu gönnen. Es heißt da: „Hat die Stadt Dresden selbst ein Interesse daran, das Orchester mit seinen alten Steuerzahlern zu erhalten, so wird es auch die fehlenden ersten Kräfte geben, um die man fragt. Wir sind uns unserer gerechten Sache gewiß. Vorläufig wird uns die Stadt als Erwerbslose buden dürfen.“

Der Zukunft ist noch ein Artikel der Deutschen Musikerzeitung beigegeben: „Kapellmeister als Orchesterunternehmer“ der den Zusammenbruch des Leipziger Hermei-Orchesters, des Albert-Orchesters der Unterwesertarie und des Dresdner Philharmonischen Orchesters behandelt und mit folgenden Worten schließt: „Das sind also die Ergebnisse der Unternehmertabellemeisterlafteit: Zusammenbruch auf der ganzen Linie! Und die Beitragenden sind dabei die Musiker. Soll das anders werden, dann muß die ganze deutsche Musikerzeitung sich einig zu der Forderung bekennen: Die Pflege der Orchesterkunst ist eine öffentliche Angelegenheit und darf nicht den Händen von Privatunternehmern anvertraut werden.“

Bemerkst sei unerfohlt, daß trotz der augensichtlichen Aufklärung des Philharmonischen Orchesters die eingespielten Stammmitglieder alle in Dresden bleiben müssen (Wohnungsnot, fehlende deutsche Finanzlage), so daß alle Organisationen, die für den

doch die... In... mit... be... def... prof... haben... best... ihre... ge... 1... 2... 3... 4... 5... 6... 7... 8... 9... 10... 11... 12... 13... 14... 15... 16... 17... 18... 19... 20... 21... 22... 23... 24... 25... 26... 27... 28... 29... 30... 31... 32... 33... 34... 35... 36... 37... 38... 39... 40... 41... 42... 43... 44... 45... 46... 47... 48... 49... 50... 51... 52... 53... 54... 55... 56... 57... 58... 59... 60... 61... 62... 63... 64... 65... 66... 67... 68... 69... 70... 71... 72... 73... 74... 75... 76... 77... 78... 79... 80... 81... 82... 83... 84... 85... 86... 87... 88... 89... 90... 91... 92... 93... 94... 95... 96... 97... 98... 99... 100...

doch seit dem Anfang dieses Jahres den offenen Krieg gegen die, bisher von ihnen unterstützte sozialistische Regierung geführt. In Interpellationen und parlamentarischen Entschlüssen, wie mit direkten Anfragen an die Sozialdemokratische Partei, nicht zuletzt aber durch wüste Beschimpfungen in ihrer Presse, suchten sie den jetzt erfolgten Sturz der Regierung vorzubereiten. Als Ziel dieses Feldzuges bezeichnen sie, ganz wie in Sachen, die Bildung einer Arbeiterregierung, die sich auf Betriebsrätekonferenz, proletarische Hundertschaften usw. stützen soll. Unsere Genossen haben zwar das Treiben der Kommunisten durchsichtig, nicht-befremdet aber alles versucht, um ihnen jeden Vorwand für ihre Wöfche von der sozialistischen Regierungspolitik zu nehmen. Ende Januar hatte die R. P. D. folgende vier Forderungen aufgestellt:

- 1. Bewaffnung der Arbeiterschaft, Bildung von Selbstschutzorganisationen.
2. Bildung von Einheitsfrontausschüssen gegen die Nationalsozialisten in allen Kreisen Thüringens. Streikweise Zusammenfassung dieser Arbeiterorganisationen, Schaffung einer zentralen Leitung der Einheitsfrontausschüsse für Groß-Thüringen.
3. Sofortige Einberufung eines Betriebsrätekongresses für Groß-Thüringen.
4. Kontrolle der Behörden durch Beauftragte der Arbeiterschausprüche.

Diese Forderungen wurden vom Bezirksvorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei wie von der Landtagsfraktion abgelehnt. Die Kommunisten drohten daraufhin den Sturz abzulehnen. Erneute Verhandlungen der Parteien erbrachten als Zugeständnisse, die von unserer Organisation den Kommunisten gemacht wurden, bestimmte „Nichtlinien“, z. B. Anerkennung der Bildung republikanischer Notwehren, die von jeder Partei getrennt aufgestellt werden sollten. Die Notwehren waren als ein Mittel gegen die der Republik drohenden inneren Gefahren gedacht und ihre Bestimmung an die Vorkämpfung der vorübergehenden Anerkennung der Reichs- und Landesverfassung geknüpft. An Stelle des von den Kommunisten geforderten Betriebsrätekongresses, der Gesetze selbständig vorlegen und beraten sollte, schlug unsere Partei die Schaffung einer Arbeiterkammer als öffentlich-rechtliche Körperschaft vor. Vor allem aber verlangte sie den Eintritt der R. P. D. in die Regierung und die Schaffung eines paritätischen Arbeitsausschusses aus beiden Fraktionen. Die R. P. D. antwortete auf diese Vorschläge in gewohnt anmaßender Weise. Sie erklärte sich bereit, in eine „Arbeiterregierung“ einzutreten, unter den bekannten kommunistischen Bedingungen. Von einer Anerkennung der Reichs- und Landesverfassung war keine Rede. Vor allen Dingen wurden die Thüringer Sozialdemokraten dreierleiweise aufgefodert, -schärfsten gemeinsamen Kampf gegen die Nationalsozialisten in der R. P. D. den Kommunisten führen zu helfen.

Trotz dieser impertinenten Antwort hat die Verhandlungskommission unserer Partei es noch monatelang versucht, mit den Kommunisten zu irgendeiner Verständigung zu gelangen. Der Erfolg dieser Bemühungen lag jetzt vor. Die Kommunisten beantragten das Mißtrauen gegen dieselbe sozialdemokratische Regierung, dem Vorlagen und Gesetze sie gemeinlich selbst bewilligt hatten. Die bürgerlichen Parteien, bis zu der deutschen Nationalen, nahmen mit Freude den ihnen hingeworfenen Brocken auf. Die Einheitsfront der R. P. D. mit der Bourgeoisie brachte die sozialistische Regierung zum Sturz und geschickte damit den weiteren inneren Ausbau Thüringens in sozialistischem Geiste.

Erneuter Verständigungsversuch mit der R. P. D.

Weimar, 12. September. (Eig. Drahtmeldung.) Der Ausschuss der Thüringischen Landtagsfraktion hat am Mittwoch, 10. September, abgehalten. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die Neubildung der Regierung und zweitens Auflösung des Landtages. Die sozialdemokratische Fraktion ist der Auffassung, daß in Anbetracht der schwierigen Gesamtlage eine Auflösung des Landtages nach Möglichkeit zu vermeiden sein soll. Ob es gelingt, zur Neubildung der Regierung zu kommen, steht vorläufig noch im Zweifel. Unsere Genossen haben inzwischen mit der kommunistischen Partei Thüringens Fühlung genommen.

Die Parteiverhältnisse im Thüringer Landtag liegen wie folgt: Es haben bei insgesamt 84 Sitzen die einzelnen Parteien Abgeordnete: Sozialdemokraten 22, Kommunisten 6, Landhaus 10, Demokraten 3, Deutsche Volkspartei 9, Deutschnationale 4. Die sozialistische Mehrheit beträgt also nur 2 Stimmen (28 gegen 86 Bürgerliche).

Sozialistische Rebellion gegen Verständigung

München, 12. September. (Eigener Drahtbericht.) Seit dem militärischen Aufmarsch der Panzertruppen aller Schattierungen in Nürnberg führen die Münchner Mittelungsblätter der einzelnen Organisationen eine außerordentlich herausfordernde Sprache. Allen voran Das Heimatland, das zum Organ der ehemaligen Einwohnerwehr, zu dem der Vaterländischen Kampfbünde und dann zum Sprachrohr aller früheren Offiziere geworden ist, die bekanntlich in München die fanatischsten Lobeslieder der Republik sind. In anerkannter Offenheit schreibt dieses Blatt am Mittwoch: „Das große Ziel der deutschen Freiheitsbewegung ist die Rache für 1918. Und darum die Herrschaft von Nürnberg, die nicht etwa den Zweck hatte, demalsten Dinge der Deutschen zum Soldaten spielen zu lassen, sondern den Zweck, die waffenfähigen, national und völkisch eingetragte Bevölkerung, die Scham am Schwarzweitz und Weißblau, für den Tag der Abrechnung zu sammeln.“ — Auch sonst wird der Stimmung in diesen Kreisen unverhohlener als früher Ausdruck gegeben. Die Regierung Stresemann wird als die unmittelbare Verursacherin der Volkshemmung Norddeutschlands angesehen. Eine eventuelle Verständigung mit Frankreich im Ruhrkonflikt wird als der Arbeit verrät, der die unmittelbare Erhebung der nationalen Bevölkerung gegen das „jüdische Berlin“ andeutet.

Brutale Gelddräuberi

Die Ankündigung der französischen Besatzung, sie werde im nächsten Gebiet alle Gelder wegnehmen, deren man habhaft werden könne, wird in brutaler Weise ausgeführt. Täglich werden Hunderte von Millionen geraubt, und zwar unter schamlosester Anwendung von Gewalt. Die heute gemeldeten Beispiele: Düsseldorf, 11. September. Bei der Gerschheimer Glashütte wurden von Franzosen 25 Milliarden Rohgelder weggenommen.
Eilen, 11. September. Drei Beamten des Bergbauvereins sind 30 Milliarden Rohgelder abgenommen worden.
Duisburg, 12. September. Unter Führung eines belgischen Offiziers erschienen in dem vom Publikum dichtbesetzten Geschäftshaus der Reichsbankstelle Duisburg eine Schaar Nationalsozialisten. Die unter lauten Rufen „Gäube hoch!“ das gesamte Personal aufmarchierten und von den Vorstandsbeamten isolierte. Gleichzeitig wurde die im Keller befindliche Druckerei überfallen und deren Personal gewaltsam gezwungen, die zum Verschneiden vorbereiteten fertiggedruckt Papierrollen bündelweise durch Zuschneiden auszubereiten zu machen. Es wurden insgesamt 50 Milliarden geraubt. Am demselben Tage wurden bei der Reichsbankstellen Duisburg-Weberich 25 195 000 M., bei der Reichsbankstellen Duisburg-Ruhrort 84 607 200 M. und bei der Reichsbankstelle Solingen 2 081 576 000 M. in ähnlicher Weise weggenommen. Auf der Höhe Wilhelmstrasse sind aus der Sprengstoffkammer 195 Milliarden geraubt worden.

Erler, 12. September. Der Volkschaffner Kente ist mit seiner Frau von drei Mordknechten überfallen worden. Er wurde ermordet, die Frau wurde zu vergeblichen Verletzungen, doch ein heran-nahendes Auto verschleuderte die Mörder. Die französischen Behörden sind unterrichtet worden.

Gewerkschaftsbewegung

Stumpfsinn über

Unter dieser Überschrift bringt das kommunistische Volksblatt einen Bericht über die traurigen Vorgänge in der Betriebsräte-Vollversammlung am Dienstag. Der Zweck des Berichts ist klar ersichtlich. Die R. P. D. will sogar an diesen traurigen Vorgängen ihre Parteiführer loben. Dazu muß sie aber Tatsachen verschweigen oder sie auf den Kopf stellen.

In dem Bericht heißt es, daß ein Vertreter des revolutionären Gewerkschaftsrates Juritt verlangte, dieser Antrag auf Vertreiben der Geschäftsführung jedoch abgelehnt wurde. Wichtig ist aber, daß die Beschlüsse bereits bei Anfang der Versammlung im Saal waren, als der Antrag angenommen wurde, über die traurigen Vorgänge am Rathaus zu sprechen.

Gängel vom Gewerkschaftsrat berichtete nunmehr über diese Vorgänge am Rathaus und es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die Tippo von reaktionären Elementen zu sündern.

Aus der Mitte der Versammlung kam dann der Antrag, daß Unorganisierte in der Versammlung nicht sprechen sollten. Dieser Antrag wurde gegen eine äußerst geringe Minderheit angenommen. Selbst ein Teil der kommunistischen Betriebsräte muß nach dem Abstimmungsergebnis für diesen Antrag gestimmt haben. Aber selbst die wenigen, die gegen den Antrag stimmten, haben keinerlei Protest gegen die Erledigung des Antrages erhoben. Das kommunistische Volksblatt schlägt mit der Behauptung, daß auf Vertreiben der Geschäftsführung der Antrag abgelehnt worden sei, seinen eigenen Genossen ins Gesicht. Seit wann lassen sich denn die kommunistischen Betriebsräte von der Geschäftsführung einer Versammlung leiten? Das glaubt doch das kommunistische Volksblatt selbst nicht.

Es ist ein Verbrechen an der organisierten Arbeiterschaft, wenn das Volksblatt behauptet, die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie habe diese Vorfälle provoziert, da festgestellt, daß bereits bei der Demonstration am Rathaus die Parole herausgegeben wurde, die abends stattfindende Betriebsrätevollversammlung zu sprengen. Daß es dem revolutionären Gewerkschaftsrat nicht auf eine sachliche Auseinandersetzung ankam, geht doch auch daraus hervor, daß bei dem Sturm auf das Versammlungslokal bereits Knüttel und Steine vorhanden waren, um gegen die Betriebsräte vorzugehen.

Wir teilen die Auffassung des kommunistischen Volksblattes, wenn es schreibt, daß die Feinde des Proletariats ihre helle Freude daran haben, wenn Proletarier gegen Proletarier losgehen. Aber gerade aus dieser Tatsache sollte doch das kommunistische Volksblatt erkennen, daß es eine starke Verleumdung an der Arbeiterbewegung ist, wenn es nun selbst diese traurigen Vorgänge dazu benutzt, um eine Hecke gegen die Gewerkschaftsführer zu inszenieren. Die gegenwärtige ernste Zeit verpflichtet jeden Vertreter der Arbeiterschaft, alles daranzusetzen, daß eine Zersplitterung der Arbeiterbewegung vermieden wird. Wenn das Gegenteil angestrebt wird, kann nicht mehr von Stumpfsinn, sondern muß von Verbrechen gesprochen werden.

Vorkläufige Reichslöhne

Die Vorkläufigen Reichslöhne in Reichsfinanzministerium über die Zuschläge zu den Arbeitelöhnen und Beamteneinküftern konnten nicht zu Ende geführt werden, da das Statistische Amt mit der Berechnung der Indexpahlen nicht fertig geworden war. Man mußte daher eine provisorische Erhöhung vorschlagen, die für die laufende Woche auf 5500 festgesetzt wurde. Die Reichsarbeiter erhalten also gegenüber der Vorwoche eine Löhnerhöhung von rund 24 Prozent. Am Donnerstag sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden, auch über die Beamteneinküfte. Die Regierung hat zugestimmt, wenn es technisch irgendwie möglich sein sollte, am kommenden Sonntagabend bereits eine Zwischenzahlung im Ausmaß der gestrigen festgesetzten Erhöhungen vorzunehmen. Die Endabrechnung wird zu Beginn der kommenden Woche erfolgen.

Lohnbewegung im Buchdruckgewerbe

Nach zweitägigen ergebnislosen Verhandlungen fällt das Zentralratsmitglied einen Schiedsspruch der den Buchdruckern für die Woche vom 8. bis 14. September einen Spitzenlohn von 110 Millionen Mark zu. Die Löhne des Buchdruckergewerkschafts betragen demnach: über 24 Jahre 99 000 000 M., für Per-heterate, 95 040 000 M., für Ledige, 21 bis 24 Jahre 88 500 000 M., 25 bis 27 Jahre 81 818 000 M., 28 bis 30 Jahre 78 514 000 M., 17 bis 19 Jahre 67 300 000 M., für Ledige, Angelernte: über 21 Jahre 79 200 000 M., 19 bis 21 Jahre 75 240 000 M., 17 bis 19 Jahre 69 300 000 M., Hilfsarbeiterinnen: 71 280 000 M., 67 718 000 M., 62 570 000 M. Der Schiedsspruch wurde von den Arbeitgebern abgelehnt. Die Verbindlichkeit wird beantragt. Die Kollegen werden aufgefordert, weitere Anweisungen der Organisation zu beachten.

Zentralverband der Angestellten. Für sämtliche Industrieangestellte unserer Organisation findet Freitag den 14. September.

abends 7 1/2 Uhr, im Tivoli, Wettinerstraße, eine Versammlung statt. In der Bericht über die abgebrochenen Tarifverhandlungen gegeben wird. Zahlreiche Erscheinen ist erwünscht. Die neuen Abkommen, nach denen bis auf weiteres die Gehälter zu zahlen sind, können zum Preise von 500 000 M. für nachstehende Branchen in der Versammlung und im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, Schützenplatz 20, 615, in Empfang genommen werden: Einzelhandel, Großhandel, Chemie, Schwereindustrie, Arbeitgeberverband der Metallindustrie, Zigarettenindustrie.

Der Generalstreik der thüringisch-sächsischen Bergarbeiter, der bereits seit dem 20. August besteht, dauert immer noch an. Die Regierung steht scheinbar vollkommen auf Seite der Unternehmer. Notstandsarbeiten werden verrichtet. Streikbrecher gibt es wenige und diese werden von den Weibern gestellt.

Aus aller Welt

Raubmord im Personenzug

Ein schweres Verbrechen ist am Mittwoch früh in dem Personenzuge, der von Frankfurt a. M. nach Berlin fährt, verübt worden. Kurz vor Berlin, in der Nähe der Station Groppe bei Großbeeren bemerkten die Beamten dieses Zuges, wie aus einem Abteil zweiter Klasse ein Reisender gewaltsam aus dem Fenster geworfen wurde. Da es im Augenblick nicht möglich war, den Zug zum Halten zu bringen, eilten die Beamten zu Hilfe und fanden einen Mann, der erhebliche Schlägelverletzungen aufwies und völlig bewußtlos war. Man brachte den Reisenden sofort nach dem Kreisrannehaus in Lichtersfelde, wo er jedoch bald seinen Verletzungen erliegen ist. Die Leiche wurde dann nach dem Karkfriedhof in Groß-Mücheln überführt. Inzwischen war auch der Bahnhofsvorstand des Anhalters Bahnhofes von dem Fall benachrichtigt worden, und als der Zug dort eintraf, untersuchte man das fragliche Abteil und fand das gewaltsam aufgebrochene Gepäck des Reisenden vor. Aus dieser Leiche bisher ergeben hat, handelt es sich umwieselft um einen Raubmord. Es muß zwischen dem Reisenden und den Tätern ein heftiger Kampf stattgefunden haben. Wie die Postbeamten ausfragen konnten, müssen zwei Verbrecher am Werke gewesen sein, die wahrscheinlich aus dem fahrenden Zuge nach Verübung der Tat gesprungen sind. Der Tote ist etwa 35 Jahre alt, war gut gekleidet und hatte in seiner Tasche das Zeichen M. K. Die Reichsbahndirektion Berlin hat eine Belohnung von 40 Millionen Mark auf die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

Wenn Große reisen

Die amerikanische Presse beschäftigt sich jetzt lebhaft mit der Amerikareise eines dreijährigen Engländer von edlem Geschlecht. In dem Schiffe, das der berühmte Reisende demüht, wurde eigens ein zweiter Salon eingerichtet, in dem er es sich bequem machen kann und in dem auch ein treuer Spielkamerad Platz hat, von dem er sich niemals trennt. Da er nur das Wasser von einer bestimmten Quelle trinkt und es fraglich ist, ob sich in Amerika solches Wasser findet, nimmt das Schiff eine Anzahl von Säffern mit Wasser mit, die für die Reise und die Zeit des Aufenthalts des berühmten Engländer in Amerika genügt. Nicht geringere Schwermut macht die Frage seiner Ernährung. Denn der verdorbene Reisende ist nicht jedes Gen. Papirus — so ist sein Name — ist nämlich das Pferd, das das letzte Dreck gewonnen hat. Man greift also, daß ihm eine andre Sorgfalt zugewendet wird als etwa gewöhnlichen Menschen, die nach Amerika reisen.

Gewizigt

In Belgrad wurde jetzt ein Thronfolger geboren. Nach einer von den Mitgliedern der Regierung unterzeichneten Erklärung waren sie alle bei der Einbindung der Königin Maria anwesend und das leibende männliche Kind wurde um 2.55 Uhr geboren. Natürlich sind die jugoslawischen Minister weder Gedammen noch Dokoren der Geburtshilfe und wenn sie dennoch bei der Geburt anwesend waren, geschah es, weil man in Belgrad seit der Königin Draga Wälskin gewizigt ist; die hatte bekanntlich einen Thronfolger untergehoben. Schmeichelt ist ja diese Regierungsalton nicht, und für die monarchische Idee des Gottesgudenmens hat es etwas Deprimierendes, daß eine Schär Minister bei der Einbindung der Königin anwesend ist, um jeden Schwindel auszuschließen.

Letzte Nachrichten

Zum Fall Geßler

Als Ergänzung zu unserer Nachricht an der Spitze der Beilage erfahren wir von der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei: Zu der Presse sind über die Zusammenkunft des Reichsstatibretts vom 11. September Nachrichten verbreitet, die wehr oder weniger unrichtig sind. Die in verschiedenen Zeitungen, z. B. in der Völkischen Zeitung und in der Leipziger Neuesten Nachrichten als amtlich ausgegebenen Berichte sind, wie eine Rückfrage ergeben hat, nicht von amtlicher Stelle veranlaßt worden. Sie beruhen vermutlich auf entstellten und scheinbar aus der Phantasie ergänzten Auskünften, die in Berlin in der Pressekommission gegeben worden sind.

Der Dollar 92 169 000, —

Table with exchange rates for various cities: Amsterdam, Buenos Aires, Hongkong, Danemark, Schweden, Helsinki, Belgien, Italien, London, New York, Paris, Schweiz, Spanien, Wien, Prag, Budapest. Columns include city, date, and rate.

re. Berlin, 13. September. (Eig. Draht.) Am Te-bisfenmarkt ist das Geschäft sehr still. Englische Pfunde setzen um 450 Millionen ein und bewegen sich bei geringen Kursen für den nächsten auf diesem Niveau, um später etwa mit 165 Millionen zu suchen zu sein. Dementsprechend wurde der Dollar um 100 Millionen gehandelt. Die wieder eingehende Nachfrage hielt sich nur in engen Grenzen und blieb weit hinter dem Bedarf des Tages zurück.

Wettervorhersage für den 14. September

Hienlich heiter, nur zeitweise leicht bewölkt durch hohe Wolken. (Strenu — Federwetter) dunstig, fluktuierende Nebel schwache Winde aus wechselnden Richtungen. Keine wesentliche Temperaturänderung.
Wetterlage: Der Durchzug einer für diese Jahreszeit ungewöhnlich tiefen Depression (im Zentrum 75 Millimeter Luftdruck) durch Skandinavien zum Nordkap hat unter Erwirkung der Bitterung Sächsens nicht im geringsten beeinflusst. Der verhältnismäßig schwache Hochdruck über dem europäischen Festlande besingt nun schon seit mehreren Tagen wolkig-beitertes Wetter. Bei Irland ist heute eine neue Störung mit einem Niederdruckgebiet über Westengland zu erkennen. Mit ihrem Einbruch in das Nordseegebiet steht daselbst Verleüsterung der Bitterung in Aussicht, während das Binnenland wegen hochansteigender unter der Einwirkung hohen Trudes noch vorwiegend heiteres, wolkig-beitertes Wetter aufweisen wird. Ob die oben erwähnte Störung auch zu einem Einbruch der Bitterung in Sächsen führen wird, läßt sich noch nicht sagen.

Advertisement for 'Zeichne Wertverständige Anleihe' (Draw a valuable loan). It features a large stylized 'Z' logo and text describing the benefits of the loan, including interest rates and terms. The text mentions 'des Deutschen Reiches' and 'Anleihe'.

Sachsen

Sum Fall Gehler

Berlin, 12. Sept. Offiziell wird folgendes mitgeteilt: Ministerpräsident Dr. Siegel hat gestern eine Besprechung in der Reichskanzlei, die etwa vier Stunden dauerte, und in der eine größere Reihe von Persönlichkeiten, darunter sämtliche sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts, anwesend waren. Das Material über den Konflikt ist in eingehender Weise geprüft worden. Innerhalb der anwesenden Mitglieder des Kabinetts hat sich vollständige Übereinstimmung in der Beurteilung des Materials ergeben. Von Seiten der Reichsregierung wird alles getan, um diesen unangenehmen Konflikt aus der Welt zu schaffen, und es bleibt nur zu hoffen, daß auch von der Gegenseite nichts getan wird, was dieses Bestreben der Reichsregierung vereitelt.

Somit die offizielle Meldung.

Und sind bisher noch keinerlei zuverlässige Nachrichten über die Besprechung ausgegangen.

Verfassungsfeier in Vorna

Und wird gefeiert:

Zur vergangenen diesjährigen Feier der Wiederkehr des Verfassungstages sollte sich auch in Vorna die Beamtenschaft zu einer kleinen Feier zusammenfinden, bei welcher durch einen geeigneten Beamten eine kurze, auf die Bedeutung des Tages hinweisende Ansprache gehalten werden sollte. Es wurden fast sämtliche höheren Beamten der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrates gebeten diese Ansprache zu übernehmen. Leider mußte festgestellt werden, daß sämtliche Herren mit zum Teil recht wichtigen Ausflügen abkömmlich.

Wenn man bedenkt, daß im monarchistischen Staat es jeder Beamte für eine besondere Ehre gehalten hätte zum Beispiel bei dem Geburtstage eines Prinzen einer sogenannten regierenden Person, einige Worte mit dem künftigen künftigen Hoch auszusprechen, so muß die Ablehnung zu denken geben. War es männlicher einem Jungen ein Hoch auszubringen als einige Worte über eine von seinem Volke gewählte Staatsform zu sagen? Steht die Möglichkeit einen Orden dafür zu erhalten? Ist man nicht fähig in freier Rede Worte zu finden, die aus der Schablone des üblichen Spruchgeheimnisses herausfallen? Was ist der Grund? Eines muß wohl zugehen, denn man kann doch unmöglich annehmen, daß innere Abneigung gegen die Verfassung den Herren von Vorna schloß, da darin ein Zweifel an den geleisteten Verfassungstagen liegen würde.

Mag dem sein wie es wolle, ein Zeugnis haben sich aber die Herren ausgesprochen, aus dem jeder sich das Beste lesen kann.

Toll ist tot; Gehler und seine Sakalen und Krachse leben noch.

W. G.

Ich hatt' einen Kameraden... Der Kamerad, die amtliche Reichswehr des Schützlichen Militärbundes, ist ein Opfer der über das Heeresgesetz herangebrachten Kräfte geworden. In seiner letzten erschienenen Nummer 18/19 gibt der Verlag bekannt, daß diese Reichswehr ihr Erscheinen vorläufig einstellen, da er nicht mehr in der Lage ist, die ungeheuren gestiegenen Verstellungskosten aufzubringen.

Dresdner Chronik

Hungertod

Den Schädel mit Dukaten gold beschlagen,
So geht er abends durch die dunkle Stadt,
Und wo er Mienen eingeschritten hat,
Wird dritten Tags ein Leichnam fortgetragen.

Schwarz haucht sein Mantel in der Nacht den Wind,
Und krumm und erst durchschmüht er die Gassen.
Darin die großen, verfluchten Massen
Bermürdeter Menschen eingefertigt sind.

Und hebt die Kralle, lauert, steht, und rißt
Die Namen herer ein, die ihm verfallen.
Und hört er irgendwo ein Kinderlachen,
Dann grinst er breit: Ma-ri-fen? — Und er schneißt.

Nacht ein, Nacht aus: Verzweiflung und Geschrei,
Zu eingewöhnt in tränennasse Kissen,
Doch unerbittlich in den Finsternissen
Geht schneißend der Allmächtige vorbei.

Die Not mit dem Notgeld

Unter der glänzenden Führung der Cuno-Regierung hatte sich die deutsche Wirtschaft so gründlich festgesetzt, daß vor einigen Wochen die Meinung aufkam, nun sei das Ende da. Wie diese „Schwämmen“-Regierung gemüht hat, das

zeigt sich jetzt am deutlichsten. Sie hat eine böse Erbschaft hinterlassen. Ein Ergebnis ihrer Regierungskunst ist auch das Notgeldelend. Die Zahlungsmittelnot der letzten Wochen hat dazu geführt, daß eine ganze Anzahl größerer Industriewerke eigenes Notgeld in den Verkehr brachten, indem sie ihre Arbeiter damit entlohnten. Da auf andere Weise der zur Katastrophe zugespitzten akuten Zahlungsmittelknappheit nicht schnell genug abzuhelfen war und bei der sich täglich verschärfende Breitspreizung die Arbeiter und Angestellten auf die Auszahlung ihrer verdienten Lohnsummen nicht warten können, mußte man sich mit diesem Ausweg abfinden.

Aber es darf nicht verkantet werden, daß die Großindustrie mit der Ausgabe dieser Gelderjagdscheine ein glänzendes Geschäft macht. Mit Kosten der Allgemeinheit ergatterte sie dabei große und zinslose Kredite, mit denen sie ihre gesamten Lohn- und Gehaltsverpflichtungen wochenlang regulieren kann, um die dabei ausgegebenen Gutscheine später mit stark entwertetem Geld wieder einzulösen. Die verdrängten Gutscheinkredite an die Industrie werden damit noch übertrumpft und die gewissenlosen Valutabekülfanten und Devisenjäger erhalten die Möglichkeit, alle in ihren Kassen einlaufenden echten Banknoten in Devisenkäufen anzulegen, während sie ihre eigenen Zahlungsvorgaben in selbstgedrucktem Notgeld erledigen. Der trotz der neuen Steuererlässe immer furchtbarer werdende Sturz der Mark dürfte dadurch stark mit verursacht sein.

Weitere Gewinne können die Großindustriellen erhaschen, wenn sie nach der Ungültigkeitserklärung ihrer Geldscheine die noch im Verkehr befindlichen Exemplare nicht mehr einlösen, wie das in früheren Fällen schon öfters bemerkt wurde. Ja, sie haben es heute völlig in der Hand, zu bestimmen, ob die Summe des nicht rechtzeitig zur Einlösung vorgelegten Notgeldes ihrer Betriebe mehr oder weniger groß ist. Es besteht keinerlei Verpflichtung, daß sie den Einlösungstermin allen Einwohnern im Umlaufgebiet des Notgeldes bekannt machen müssen und auf einer ganzen Anzahl in Umlauf befindlicher Notgeldscheine befindet sich auch der Vermerk, daß der Einlösungstermin nur in einer beschränkten Anzahl bürgerlicher Zeitungen veröffentlicht wird. Über diese Zeitungen nicht lesen, läuft also Gefahr, daß seine Ansprüche unbefriedigt bleiben. Es muß also mindestens verlangt werden, daß die Ablauffristen des industriellen Notgeldes in allen Zeitungen publiziert werden und den Industriellen muß ferner zur Pflicht gemacht werden, auch nach deren Ablaufterminen ihre noch im Verkehr befindlichen Notgeldscheine in Zahlung zu nehmen.

Für künftige Fälle sollte man aber die Erlaubniserteilung zur Herausgabe von Industrienotgeld an die Verbindung knüpfen, daß dessen Einlösung nach Sammlung durch eine öffentliche Kasse erfolgt, die bei der Einlösung die inzwischen eingetretene Markentwertung anrechnet und auf diese Weise unmöglich macht, daß die Großindustrie aus Zahlungsmittelnot und Markentwertung auch weiterhin große Gewinne erzielt. Sonst müßte man jedem einzelnen Staatsbürger das Recht einräumen, nach Maßgabe seiner Kreditwürdigkeit Notgeld zu drucken und in den Verkehr zu bringen. Das wäre freilich absurd, aber diese Absurdität wäre nur die logische Konsequenz dessen, daß man der Großindustrie durch privaten Notgelddruck die Gelegenheit gibt, zinslose Kredite zu nehmen, die sie nach Wochen in einem viel geringwertigeren Gelde zurückzahlt.

Der bestehende Notgeldwettbewerb ist nicht auf das Verschulden der Konsumenten zurückzuführen, sondern auf die gänzlich ungenügenden Vorbereitungen der Reichsbank, die noch Laufendmarktscheine druckte, als sie auf Grund der bestehenden Valuta zum Druck von Millionenheinen verpflichtet gewesen wäre. Darum müßte die Reichsbank auch für die entstehenden Schwierigkeiten haftbar gemacht werden, wenn sie sich nicht freiwillig bereit erklärt, die bestehenden Schwierigkeiten mit dem Notgeld nach Möglichkeit zu lindern. Das Bestreben des Handels und der Banken, Unkosten beim Umlauf des Notgeldes zu vermeiden, ist begreiflich. Die Folge ist aber, der Konsument, auf dem alles herumlastet, der die Last unserer ganzen Wirtschaft trägt, zahlt auch hier den Großbanken noch erhebliche Gewinne. Und das, trotzdem unser Erachtens den Banken mit ihren ausgedehnten Filialnetzen im ganzen Gebiet eine nennenswerte Belastung beim Umlauf usw. nicht entsteht. Daß bei der Papiergeld-

wirtschaft eine Menge unproduktiver Arbeit geleistet werden muß, ist uns klar. Aber das Unfortkommen der großen Banken verträgt ruhig noch eine Belastung, ohne daß die Gewinne merklich geschwächt werden.

„Tabellengeschäfte“

Mit einer dem Dollar nicht nachstehenden Geschwindigkeit läßt der Reichsbund des Textileinzelhandels, E. W. Landesverein Sachsen, Dresden-V., Prager Straße 16, „Lagerungstabellen“ erscheinen, die, kaum gedruckt, von den meisten Dresdner Geschäftsinhabern in den Schaufenstern ausgehängt und zur Grundlage ihrer Verkaufspreise genommen werden. Diese Tabellen haben das eine Gute, daß das laufende Publikum sich von den täglich flatternden Preisen überzeugen und dann die „Tabellen-Geschäfte“ meiden kann.

Wundern muß man sich aber, daß die Behörden, insbesondere Preisprüfstellen und Staatsanwaltschaft, dieses schamlose Hinausschauen der Preise ruhig mit ansehen. Obwohl das Reichswirtschaftsministerium nach wie vor die Einstandspreispolitik vertritt, werden sämtliche Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie Lebensmittel, Kleidungsstücke, Haushaltungsgegenstände usw., von den Geschäften zu Preisen verkauft, die dem jeweiligen Dollarkurs angepasst sind. Auf die tatsächliche Kaufkraft der Verbraucher wird nicht die geringste Rücksicht genommen. Wer sich über die horrenden Preise enträuscht, wird von beschränkten Verkäufern und Verkäuferinnen verächtlich belächelt und für rüdfällig erklärt.

Um die Sinnlosigkeit, zu der die Haufe der Verkaufspreise führt, zu beweisen, seien zwei Beispiele angeben. Das Nudeln-Geschäft der Behr, Günther, Brunner Straße, hat in einem seiner Schaufenster einen gewöhnlichen Emailleimer stehen. Für diesen Eimer gilt die Grundzahl 54. Aus der am Fenster hängenden Umrechnungstabelle vermag jedermann seinen Preis zu ersehen. Der erwähnte Eimer kostete in der vorstehenden Woche (immer nach der Tabelle): am Montag und Dienstag 9 Millionen Mark, am Mittwoch 12 Millionen Mark, am Donnerstag 16,5 Millionen Mark, am Freitag 21 Millionen Mark und am Sonnabend 24 Millionen Mark.

Eine im selben Fenster aufgestellte Fläche (Grundzahl 7115) kostete: am Montag und Dienstag 1 Milliarde 187 000 000 Mark, am Mittwoch 1 Milliarde 688 000 000 Mark, am Donnerstag 3 Milliarden Mark, am Freitag 4 Milliarden 197 500 000 Mark und am Sonnabend 5 Milliarden 478 500 000 Mark.

Nicht man zu diesen Preisen einen in der gleichen Woche gezahlten Lohn von 80 Millionen zum Vergleich heranziehen, so ergibt sich die Tatsache, daß der Lohnempfänger am Sonnabend fast Dreiviertel seines Arbeitsverdienstes für einen lumpigen Eimer hätte hergeben müssen, der, wie aus Katalogen ersichtlich ist, in Friedenszeiten 2 M. kostete. Zum Erwerb der Fläche aber hätte der gesamte Lohn erst in etwa zwei Jahren gereicht!

Die Folgen der Salutaränderung sollen von allen Kreisen gleichmäßig getragen werden. Der Kaufmann darf nicht allein den Schaden abwählen und eine Ausnahme machen. So hat zwar das Reichsgericht wiederholt verurteilt, die Geschäftsleute und Fabrikanten jedoch, die wohl die Verkaufspreise ihrer Waren, nicht aber die Gehälter und Löhne nach der „Dollar“-Umrechnungstabelle berechnen, werden weiter einzig und allein danach rechnen, ihre Kosten trotz Steuern und noch soviel Abgaben auf Kosten der Allgemeinheit bis oben gefüllt zu erhalten. Das fortgesetzte Hinausschrauben und Heberheben der Friedenspreise, während Löhne und Gehälter im Verhältnis zu früher immer weiter zurückbleiben, ist der beste Beweis hierfür.

Neue Demonstrationen

Am Mittwoch vormittag sammelten sich die Gewerkschaften auf dem Altmarkt, wo ein Redner vom Stuhl des Germania-Denkmalens herab zu der Menge sprach. Er schloß mit der Aufforderung, den Reichsminister Gruppe im Ministerium auszusuchen. Der Zug bewegte sich durch die Schloßstraße, über die Friedrich-August-Brücke, durch die Haupt- und Wassertstraße nach dem Gesamtsministerium, wo die Demonstranten 11¼ Uhr eintrafen. Der dem Portal der Elbseite, das von der Polizei besetzt war, wurde halbgemacht. Die Demonstranten erlitten eine Abordnung zum Arbeitsminister, die dort in dreiviertelstündiger Verhandlung ihre Forderungen unterbreitete. Dann ging der Marsch durch die Dampferstraße nach der Altstadt vor sich, wo erneute Unruhen stattfanden. Am Abend war eine Versammlung auf dem Fischhofplatz, nach deren Beendigung die Demonstranten in mehreren Trüppchen durch die Straßen der inneren Stadt zogen. Die Geschäftshäuser hatten größtenteils geschlossen. Auf dem Altmarkt sammelten sich

Der Schwärmer von Bazancourt

Von Otto Thielemann

Wenn die Kapelle plötzlich abgedröhen hätte, die hüpfenden, tänzelnden Klänge wären wohl noch eine Zeitlang von allen Lippen lustig weitergesungen.

Die Musik schloß mit einem zarten Lusch. Der Kreis der Hörer blieb geschlossen. Riten wurden gewechselt. Man stellte sich bequemer. Die Instrumente kitzelten. Von brennenden Akkorden ringelte sich ein blauer Rauch empor. Die Luft war dick und schwül geworden.

Der junge bartlose Kapellmeister blühte selbstgefällig an seinen blanken Samaschen entlang, schlug an den Notenständer, erhob den Stod und — nach kurzem Präudieren: ... drum Mädchen weine nicht, sei nicht so traurig, mach' deinem Musketier das Herz nicht schwer ...

Die Sonne hatte sich verflücht. Die Häuser blickten grau und düster drein. Schwere gelbe Wolken jagten über die Dächer. Dorfseinswöhner, Frauen und Mädchen gingen schnell vorbei, die Blide ihres Weges gerichtet. Fußspitzen heben sich im Takt:

... denn dieser Feldzug geht bald vorüber, wisch' deine Tränen ab und wein' nicht mehr ...

Ein kurzer stürzender Wind macht sich auf. Staubwolken wirbelt er vom Boden und bläst sie schräg durch das Dorf in die aufgeregten Kronen der hohen grünen Bäume. Fenster werden lärmend zugeschlagen.

Der Kapellmeister führt seinen Stod exakter: ... und sie wanderten weit, zur Sommer-Sommerzeit, wenn im Walde ...

Zeitweise zerrt ein Windstoß an den Notenblättern. Schnelle Hände stecken Klammern fest. Die Sonne blüht noch einmal süßlich in das Dorf, um dann in dunklen Wolkenmassen zu verflüchten. Der Wind holt Atem und wird laut. Aus diesen Augen wird schon Staub gewischt. Der enge Kreis wird licht. Der Kapellmeister haftet mit seiner Schär durch Nippen wilde hervorgehene Jagd.

Eingelagerte große Tropfen fallen auf die vergilbten Notenblätter. Stöhnend fährt der Donner durch die Luft. Rauschend schlägt die Musik:

... Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein ...

Erregtes Durcheinanderrufen. In der feldgrauen Menge verschwinden sind die blanken Samaschen. Der Kreis zerfällt. Klirrende Notensänder werden gestößt. Festiger fallen die Tropfen. Schnelle Schritte verhalten nach allen Seiten. Ein Wisz flammend zuckend auf und löst laut krachend dumpfen Widerhall. Der Regen strömt in langen kühlen Strichen nieder.

Madame Thibaut steht in der Tür mit ihrer ältesten Tochter.

„Schlechtes Wetter heute, Madame!“ ruft Vogelsang und drängt sich in die Tür.

„Die Erde hat es nötig,“ meint sie, knetet die Schürze auf, legt sie zusammen und geht ins Haus.

„Sind noch viel Leute hier im Ort?“ wendet sich Vogelsang an das Mädchen.

Das Mädchen läßt die Frage unbeantwortet, nickt: „Mein Großvater!“ heraus, steht an ihm vorbei und folgt schnell ihrer Mutter.

„Wertwürdige Familie,“ ruft Vogelsang; da kommt mit großen Schritten durch den Regen ein hoher Greis mit langen Silberhaaren. Die gelbschimmernden, buschigen Augenbrauen sind über der Nase fast zusammengewachsen und seine Stirn stellt sich in viele strenge Falten. Er ist durchnäßt. Vom bunten Halstuch tropft der Regen auf die dunkelbraune Jacke und von der hellen Mütze auf das Halstuch.

Vogelsang grüßt: „Bon jour, Monsieur.“ Der Alte zwingt sich keuchend an ihm durch.

„Der muß mich doch gesehen haben,“ zweifelt Vogelsang und steigt ganz langsam, tief beleibt, die Stiege hinauf.

„Jutes Fliegerwetter,“ kräht der Berliner Schmidt.

„Wenn es so bleist, da drückt wie keinen Regen,“ nüstelt, schon halb im Schlaf, der lange Clagen.

Unter den beiden schrägen Dachwänden liegen Schmidt, Clagen und Bethge auf dem Maschendraht. Der Platz nicht weit vom Fenster ist noch frei. Vogelsang nimmt eine Decke und legt sie über den Draht, faltet seinen Rock aus Kopfkissen zusammen und legt sich müde nieder, mit seinem hellen Mantel löse sich bedeckend.

Es hämmert jetzt. Einbüdgen tropft und klopfert der Regen auf die dünnen Schiefer; um wenn ein schwacher Windstoß kommt, wälzt das Geräusch zum kurzen Pfaffen. Das Fenster ist weit geöffnet und doch ist die Luft im Raum so dick und schwül, daß ihm sein Mantel fast zu schwer wird. Die Schieferplatten klirren auf und zittern an den Sparren, wenn die

Miesensaut des Donners sie berührt. Erst als es völlig Nacht geworden ist, ist auch das Wetter fortgezogen, nur zeitweise zuckt ein helles Flackern in das Dunkel, ein dumpfes Rollen, das langsam im onheimelnd gleichen Tropfen und Klopfen auf dem dünnen Schiefer verhaftet.

Vertraut Vogelgang wälzt sich schlaflos umher. Es ist zu warm. Der harle Draht drückt auch. Das Ohr liegt immer auf den großen Taktentropfen des gefalteten Rockes. Er sucht die Feldmütze und schleift sie unter den Kopf. Das Ohr liegt gut, aber der rechte Arm wird morgen früh das grobe Muster des Maschendrahtes noch lange nicht verlieren.

Der sanfte Regen beruhigt ihn. So hat er schon einmal gelegen. Es waren schöne Tage ... Im grünen Harz. Er war den lieben langen Tag an jenem Berg herumgetragelt, der ihn mit immer neuer Sehnsucht rief. Er hatte stundenlang im Schwarzbeerkraut gelegen, dem unaussprechlichen Saufen der Höhenluft gelauscht und Nichtenkronen und Schichtenwolken angeblinzelt. Die Sonne zog nach Westen und unter dunklen Tannen ward es Nacht. Die Stille fing ein Schläpfchen an auf weichem Nadellager

„und feder rauschten die Quellen hervor“

und fangen auch ihm ein Lied ins Ohr, dem zeitvergessenen Träumer.

Da weckte ihn ein harter Schlag aus gedankensernen Tiefen. Der Donner grollte über schwarzen Tälern, die Wolken ballten sich zusammen, jagten vorüber, neigten sich: er stand im Nebel. Da suchte er die Hüfte auf, die ihm nur Schutz gewährt hatte vor der Nacht. Die Augen wurden müde. Er streckte und reckte sich auf dem ungewohnten Lager, der harten Bank, und leiste begann es über ihn zu rauschen, zu klopfen und zu tropfen. Es regnete, ganz so wie jetzt. Nur an jenem verträumten Tage fühlte er die harte Stille, den leichten Hunger mit selbstgefälligem Behagen. Am frischen kargeborenen Morgen trieb ihm sein Gang zum Träumen. Schauen und Genießen in neue stille, seltsame Idylle. Hier litt er schwer am Misch, zu schauen und zu träumen. Er konnte nicht gedankenlos die Tage leben, wie sie kommen, wie Schmidt und Bethge, wie die andern alle. Er feuchte auf. Wie lange würde er wohl noch die entgegengesetzten Seiten des Krieges tragen müssen? Ja, es ist ungeheuer schwer, so Tag für Tag den Krieg vor Augen haben müssen als bestialisches, graufames, zweckloses Morben. (Fortf. folgt.)

jahrliche Menschen an. Um diese zu zertrennen und Ausbreitungen zu verhindern, schritten die Beamten der Polizei ein und machten auch von der Gummihose Gebrauch. Verletzt wurden ein 2 Jahre alter Arbeiter, der mit Rippen- und Kopfverletzungen dem Krankenhaus Friedrichstadt zugeführt wurde, und ein 17jähriger Arbeiter, der eine Armverletzung davontrug und im Krankenhaus verbandelt wurde. Ein dritter Verletzter konnte sich von der Seefraße aus allein nach Hause begeben.

Das Preskamt des Polizeipräsidenten teilt folgendes mit: Durch am Freitagmorgen angebrachte Plakate war für Mittwoch zu einer Erwerbslosenversammlung, vormittags 11 Uhr, auf dem Altmarkt aufgefodert worden. Gegen 10 1/2 Uhr wochten circa 600 Personen auf dem Altmarkt eingetroffen sein. Nachdem sich die Teilnehmerzahl auf circa 2000 erhöht hatte, setzte sich die Menge in geschlossenen Jagen nach dem Ministerium in Bewegung. Eine Skonmission sprach bei dem Arbeitsminister vor. Gegen 12 1/2 Uhr zogen die Demonstranten langsam wieder in der Richtung nach Altstadt zu ab, um sich gegen 2 1/2 Uhr aufzulösen. Zu Ausschreitungen ist es nicht gekommen.

Gegen 6 1/2 Uhr abends zogen circa 30 junge Burken durch die innere Stadt und riefen in einer Versammlung auf dem Pilschplatz auf. Es dauerte auch nicht lange, so hatten sich etwa 300 bis 400 Personen eingefunden, die sich zu einem Jage formierten. Die Demonstranten, welche immer mehr Jage erhielten, bewegten sich in der inneren Stadt umher, besonders in der Büchstraße, Schloß-, See- und Trager Straße und den angrenzenden Straßen. Einzelne Geschäfte hatten geschlossen, andre wurden durch Trupps zur Schließung gezwungen. Zu Gewalttätigkeiten ist es dabei nicht gekommen, auch haben keinerlei Veränderungen stattgefunden.

Durch Unvorsichtigkeit eines Einwohners, an der Kreuzstraße 1, gegenüber vom Kaufhaus Renner, war gegen 10 Uhr abends ein großer Menschenauflauf entstanden. Die Demonstranten waren aus diesem Grundstücke heraus mit Wasser besoffen worden, hatten daraufhin die verschlossene Haustür zertrümmert und waren ins Haus hineingedrungen. Diese Vorgänge haben sich in der Folgezeit an diesem Grundstücke noch mehrmals wiederholt, was den Einsatz von uniformierter Polizei erforderlich machte. Während dieser Vorgänge war aus dem Grundstück, an der Kreuzstraße 5, vermutlich aus der 4. oder 5. Etage, eine Pfeifschale auf die Straße, annehmbar nach den Polizeibeamten, geworfen worden, was wiederum einen großen Menschenauflauf verursachte und das Gerücht aufkommen ließ, daß im Kaufhaus Renner die Fenster eingeschlagen worden seien und geplündert würde. Die Polizei mußte schließlich die Anstimmungen mit dem Gummihutplatz zertrennen. Die Demonstranten zogen sich fast durchweg wieder aus jungen Elementen zusammen, denen sich, wie immer wieder festgestellt werden muß, viele jugendliche Gesellen. Gegen 12 Uhr trat Ruhe ein. Es sind fünf Festnahmen erfolgt.

Vorsicht bei Sammlungen

Nachdem schon gestern abend in einer Reihe Geschäfte von wilden Elementen Sammlungen veranstaltet worden sind, angeblich zu dem Zwecke, die Erwerbslosen zu unterstützen, ist es heute der Polizei gelungen, zwei Verbrecher, die sich aber aus den Massen der Arbeitslosen rekrutierten, im übrigen unter Polizeiaufsicht stehen, zu verhaften, als sie in einem Geschäft wieder 15 Millionen Mark Unterstützung in Empfang nehmen wollten. Der Polizei ist es jedoch nicht gelungen, beide Verbrecher hinter Schloß und Riegel zu bringen, da durch Zuruf des einen eine Anzahl Erwerbslose von der Straße den andern befreit haben. Seine Personalien sind jedoch bekannt. Wir werden gebeten, die Geschäftsinhaber darauf aufmerksam zu machen, daß sie keinerlei Unterstützungen an solche Sammler geben.

Unzulässige Zeugengebühren

Ein Bezer unserer Zeitung, Arbeiter und auf seinen täglichen Verdienst angewiesen, beschwert sich bitter darüber, daß die von den Gerichten gebührenden Zeugengebühren zu gering, allen derzeitigen Preis- und Lohnverhältnissen unangepast sind. Er war am 28. August nach dem Wilmers Platz geladen und hatte einen mehrstündigen Lohnausfall. Er erhielt für veranlagte Straßenschilder 400 000 M., aber für die Arbeitsstunden Verjümmern hat man ihm — am 28. August 1923 — 10 000 M. an. Der Arbeiter wies diesen Betrag zurück mit Recht zurück. Er wurde ihm gesagt, von Verlin sei für diesen Monat die Zeugengebühr in dieser Höhe festgestellt. Wir können dies nicht verstehen; Sachsens Justizorganisation hängt doch nicht von Verlin ab, sondern der Freistaat besitzt wie alle andern eigene Justizbehörden, und das hiesige Justizministerium hat die Entschädigungshöhe zu bestimmen, wenn es nicht diese Tätigkeit niedrigeren Stellen überläßt. Diese sollten aber nicht so weisfremd sein, den Arbeiter länger überholte Stundenlöhne als Entschädigung zu bieten, denn so viel wir wissen, steigen die Beamtengehälter auch mit dem Jaber. — In dem vorliegenden Falle handelte es sich um eine Straßenschilder wegen großen Aufwands; der Bezer ist mit Recht erbittert darüber, daß er fast gratis zugunsten eines übermächtigen Stadthalers, der ja für die erwachsenden Kosten verantwortlich ist, seine Arbeit verjümmern mußte. Man darf wohl hoffen, daß die Justizbehörden endlich einschreiten werden und die Zeugengebühren in der Höhe des nachgewiesenen Lohnes ausbezahlen und insbesondere auch dem Bekleidungsleiter sein Recht zukommen lassen.

Eine nachlässige Behörde

In der Blumenstraße befand sich bis vor einiger Zeit entgegen den Bestimmungen der Schiffschen Gewerbeordnung eine Pfeffermühle der Firma Kurich. Das laute Dröhnen der Mühle erregte bei den Einwohnern des umliegenden Häuserblocks Anstoß. Eine Eingabe der Mieter an das Baupolizeiamt blieb ohne Erfolg. Auf eine zweite Eingabe am 2. November 1921 erhielten die Einwohner den Bescheid, daß die Firma Kurich ihren Betrieb in einem halben Jahre einstellen habe. Das halbe Jahr ging vorüber, ohne daß Kurich schloß. Auf eine neue Eingabe am 18. Mai 1922 wurde nach einem Monat abermals der Bescheid, die Firma müsse bis spätestens 1. Oktober 1922 schließen. Auch diese Frist ließ sich ab, ohne daß die Gewerkschaft Ruhe erhalten hätte. Jetzt nahm sich Dr. Schambach in der Feldherrnstraße der Angelegenheit an. Dr. Schambach hatte eine leidende Frau, besaß also noch ein besonderes Interesse an der Stilllegung des Betriebes. Er hatte schon die bisherigen Eingaben an die Baupolizei mit unterzeichnet, richtete am 18. Oktober 1922 eine neue Eingabe an das betreffende Amt und sandte eine Abschrift der Eingabe an den Oberbürgermeister. Am 17. November 1922 erhielt Dr. Schambach bei einer persönlichen Vorladung vom Stadtrichter Dr. Ober die Aufsehung, daß bestimmt Kenderung geschaffen werde und daß am 20. November Ruhe sei. Dr. Schambach glaubte den Verschärfungen und unterzeichnete die Mühle des Häuserblocks von der zu erwartenden Schließung des Betriebes Kurich. Trotzdem diese Firma für jeden Arbeitstag nach dem 30. November mit 10 000 M. Geldstrafe belegt werden sollte, arbeitete der Betrieb auch nach diesem Tage fort. Auf eine abermalige Eingabe Dr. Schambachs erhielt dieser eine zweite Vorladung zur Baupolizei, wo ihm durch Dr. Graupner mitgeteilt wurde, daß nunmehr am 31. Dezember endlich die Stilllegung des Betriebes erfolge, früher könne es nicht geschehen, da die Firma schiffsche Aufnahme zu erlangen habe.

Da im Januar noch wie vor gearbeitet wurde, Herr Dr. Schambach ferner zu hören bekam, daß auf Grund eines Beschlusses der Arbeiterschaft Kurich den Betrieb noch bis zum 31. März weiter führen soll, richtete er nunmehr eine Eingabe an die Arbeitskommission. In dieser Eingabe ließ Dr. Schambach ferner so lange und reichlich geschätzten Verzögerung die Fingel schießen. Er bezichtigte die Baupolizei des Mißbrauches, schrieb von einer bezogenen Behörde, von bewußter Täuschung usw. Wegen dieser Verleumdung hatte sich Dr. Schambach nun vor dem Dresdner Schöffengericht zu verantworten. Er wurde, da die Straftat als Wahrung berechtigter Interessen angesehen wurde, der Angeklagte sich aber doch der Unschuldigen Verleumdung schuldig gemacht hatte, mit zwei Millionen Mark Strafe belegt. Richtig ist, daß die Arbeitskommission die sachlichen Beschwerden in der Eingabe Dr. Schambachs anerkannte und daß diese Eingabe endlich die Stilllegung des Betriebes Kurich bewirkte.

Der Milchfälschung verdächtig

Wegen Verdacht der Milchfälschung hatte sich die Gutsbesitzerin Frau Frieda Elisabeth Vietz aus Reichenbach vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Bei einer Milchprobe beim Milchhändler Kleh am 9. Juni 1923 war die von Frau Vietz eingelieferte Milch als zu wenig fetthaltig gefunden worden, und zwar betrug der Fettgehalt nur 2 Prozent statt 2,8 Prozent. Eine drei Tage später erfolgte Stichprobe zeigte den normalen Fettgehalt der Milch. Frau Vietz machte in der Verhandlung geltend, die Mische hätten bis zu dem betreffenden Probestage insolge des Regens fast 14 Tage lang nur Krüder und Mähenstoppel bekommen. Außerdem habe sie am Morgen der Milchprobe den Handkramper bekommen, so daß sie wahrscheinlich nicht ganz ausgemolken habe. Weiter habe ein Rumpel mit gemolken, der erst angeleert worden sei. Der Sachverständige, Professor Süss, behauptete die Möglichkeit eines zu geringen Ausmelkens der Suler, wodurch ein verminderter Fettgehalt der Milch eintreten könne, da das letzte Drittel Milch im Suler den stärksten Fettgehalt habe. Die Art des Futters habe wohl auf die Quantität, aber nicht auf die Qualität der Milch Einfluß. Vom Sachverständigen wurde weiter betont, daß die Angeklagte, die sich schon früher mehrfach der Milchfälschung schuldig gemacht habe, die Unberücksichtigung der Milch hätte erkennen müssen. Die Angeklagte wies, daß Milch unter 2,8 Prozent Fettgehalt nicht als Vollmilch auf den Markt kommen dürfe. Bei den von ihr angeführten Umständen lag nahe, daß die Milch zu fettarm sei. Das Gericht beurteilte die Angeklagte zu einer Woche Haft und zur Veröffentlichung des Urteils in der Dresdner Volkszeitung.

Neue Postgebühren

Die ungeheure Geldentwertung der letzten Tage, die den Posthaushalt mit neuen gewaltigen Mehrausgaben belastet, nötigt die Postverwaltung, die Post-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren neu festzusetzen. Die Gebühren treten für den Telegraphen- und Fernspreckverkehr am 16. September, für den Post- und Postlektverkehr am 20. September in Kraft. Danach beträgt die Gebühr für den einfachen Fernbrief 250 000 M., für eine Fernpostkarte 100 000 M., für eine Druckfahne der ersten Gewichtsklasse 50 000 M.; für gewöhnliche Telegramme sind zu entrichten eine Grundgebühr von 400 000 M. und eine Wortgebühr von 200 000 M. Mark; im Fernspreckverkehr kostet ein Ortsgespräch 250 000 M. Im ähnlichen Verhältnis werden auch die meisten übrigen Gebühren heraufgesetzt. Der Druck der entsprechenden Marken ist bereits im Gange.

2 150 000 M. für ein Pfund Zucker. Die Preisprüfungsstelle Dresden schreibt an: Nachdem die Industriekammer des Reichs ernährungsministers den Zuckerpreis vom 8. September 1923 wieder bedeutend erhöht hat, wird sich auch der Kleinhandelspreis, besonders noch durch die erhöhte Zuckerversteuer, erhöhte Frachten und Rollgelde, Orts- und Sortenaufschläge, ebenfalls wesentlich erhöhen und sich hier in Dresden für diese Woche das Pfund auf 2 000 000 bis 2 150 000 M. je nach Sorte und Qualität stellen. Die Preise werden von jetzt an wöchentlich festgesetzt und bekanntgegeben werden.

Teuerungszulagen

Den Heeres-Rentnempfangern und deren Hinterbliebenen wird insolge Erhöhung der Teuerungszulage von 13 530 auf 38 840 v. S. eine Zwischenzahlung für September geleistet. Die Zahlung erfolgt mit größtmöglicher Beschleunigung. Soweit die laufenden Renten bezüge bisher auf ein Postkonto oder Bankkonto überweisen worden sind, erfolgt die Zwischenzahlung in gleicher Weise bezugslos. Im übrigen aber werden die Zahlungen in auf 1000 Mark nach oben abgerundeten Beträgen in der ins Haus gestellt. — Die städtischen Ruheständler und Beamtenhinterbliebenen erhalten am 14. September 1923 die ihnen für September noch ausstehenden Teuerungszulagen voll ausgezahlt. Zahlung erfolgt an den Kassentellern, die für die Zahlung am ersten der Monate zuständig sind, demnach nicht nur an der Stadtkasse im neuen Rathaus, sondern auch im alten Rathaus der Rathause, Hauptstraße, im Stadthaus Johannisstadt sowie an den Sparfahrsbüros.

Erweiterungen städtischer Kassenstunden. Von Mittwoch den 12. September an werden zur Erleichterung der Einzahlungen für Gas-, Wasser- und Stromrechnungen im Betriebsamt am See 2, 1. Kassen auch von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr nachmittags geöffnet sein. Andere Zahlungen und Auszahlungen können nur von 8 bis 12 Uhr erfolgen. Die Zweigstellen Barbarossaplatz und Hauptstraße 5 sind nachmittags nicht geöffnet.

Wiedererteuerung. In der Mittwoch im Zivoli von dem Verein der Sackinhaber Dresdens abgehaltenen Versammlung erregte der neueste Bierpreisauflage der Dresdner Brauereien auf 200 Millionen für den Heftlitter Volzbier und auf 200 Millionen für dunkles Bier allgemeine Entrüstung. Aber ein Antrag, den geforderten Aufschlag nicht anzuerkennen, fand nicht genügende Unterstützung. So werden denn die Biertrinker in den Gaststuben 1 500 000 M. und in Sälen, je nach Klasse, 1 700 000 bis 1 820 000 M. für helles Bier, für dunkles Bier sogar noch etwas mehr zahlen müssen.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den 10. September auf 5 051 041. Die Steigerung gegenüber der Ziffer für die Vorwoche (1 845 261) beträgt somit 173,7 v. S.

Sähe heute. In der Nacht zum 9. September wurden aus einer hiesigen Weinbrennerei mittels Einbruchs für über 2 Milliarden Mark Wörte und Sekt gehoben, und zwar 18 Flaschen Status quo, 17 Flaschen Scherz Brand, 7 Flaschen Angerer-Ragenlitter, 7 Flaschen Brunelle, 1 Flasche Corbale-Redon, 1 Flasche Arvat de Watavia (Verdamm), 1 Flasche Wala v. Pfandhagen, 2 Flaschen Sennel Trocken und 13 Flaschen Curacao.

Drei Drehtrom-Motoren gestohlen. Aus einem Fabrikneubau in Vorstadt Bieschen wurden in der Nacht zum 9. September mittels Einbruchs drei Drehtrom-Motoren, von der Firma Voege in Chemnitz stammend, gestohlen. Die Motoren tragen die Bezeichnung D. M. Nr. 130 742, 130 403 und 137 207 und haben 0,5, 2 und 1,5 P. S. Die geschädigte Firma hat für Ermittlung der Täter bzw. Wiedererlang der gestohlenen Motoren 60 Millionen Mark Belohnung ausgesetzt.

Dresdner Umgebung

Koffenhande. Gemeinderatssitzung. Die Besserung der hinteren Lastrake nach aus Mangel an Mitteln noch zurückgestellt werden. Die Reparatur der Gemeindevorwahlen findet am 18. November statt. Ein Dringlichkeitsantrag der Erwerbslosen wegen Gewährung von Pfand und Mietbeihilfe sowie Stundung von Wasser- und Lichtgebühren, wird dem Verwaltungsausschuss der Vollmacht erteilt, entsprechende Beschlüsse zu fassen, zur sofortigen Erledigung überweisen. Die Grundsteuer wird ab 1. Oktober auf 4 800 000 M. erhöht, die Rufstimmenerwerbsteuer auf 500 000 M. für einen Hügel, auf 192 000 M. für ein Mävier, auf 72 000 M. für andre Instrumente. Die Wohnungsbauabgabe wird erhöht auf 20 000 Prozent für Wohnungen von 40 000 Prozent für Gewerbetriebe. Der Zuschlag zum Ausleihschiff auf 100 000 Prozent. Zur staatlichen Gewerbesteuer wird ein Zuschlag von 300 Prozent erhoben. Unter Aufhebung der

Verzinsungsteuer wird ein Zuschlag von 4 Prozent zur Grund- erwerbsteuer festgesetzt. In der Fernerfassung soll mit einer Weinbauanlage begonnen werden.

Aus dem Bartleben

Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Gemeindebeamten. Der Besprechungabend am 10. September fällt aus, dafür werden die Genossen zur Teilnahme auf den Kurjus Bülkel über die Gemeindefassung bewiesen. Der Kurjus findet am 12., 19. und 26. September, abends 6 Uhr, im großen Saal des Volkshauses statt.

4. Unterbezirk

Das Sekretariat ist von jetzt an nur unter den Telefonnummern 18 367 und 18 476 zu erreichen.

Dresden-N., Gruppe 1. Freitag, 8 Uhr, im Restaurant Schöber, Reber Straße 5, Gruppenführung mit Vortrag.

Dresden-N., Gruppe 2. Freitag, 8 Uhr, im Kurfürstendof, Kurfürststraße 37, Gruppenversammlung. Genosse Stadtverordneter Wendisch erlattet Bericht über die Tätigkeit der Stadtverordnetenfraktion.

Dresden-N., Gruppe 3. Freitag, 8 Uhr, im Werkler Garten, Görtzstraße 37, Gruppenführung.

Dresden-N., Gruppe 4. Freitag, 8 Uhr, im Restaurant Taubert Gruppenführung.

Dresden-N., Gruppe 5. Freitag, 8 Uhr, im Restaurant Berger, Krieger-Straße 11, Gruppenführung. Vortrag und Berichte. 6 1/2 Uhr im gleichen Lokale: Verwaltungssitzung. Die Hauskassierer müssen alle mit zugegen sein.

Dresden-N., Gruppe 6 (Oppellvorstadt). Freitag keine Sitzung.

Gruppe Waldschlösschen. Der Ausflug nach dem Schönhäfel, Kloßsche, findet am Sonntag den 15. September statt. Abmarsch mit Musik um 7 Uhr vom Kadobener Hof. Karten sind bei unseren Kassierern zu haben. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. — Besprechung der Gruppenfunktionen morgen Donnerstag, abends 7 Uhr, am Eingang des Jägerparks.

Bezirk Trachenberge. Freitag, 8 Uhr, im Bergheimnische Mitgliederversammlung. Genosse Stadtverordneter Heinrich Marx spricht über: Die neue Gemeindeordnung.

Bezirk Bieschen. Freitag keine Sitzung.

Bezirk Nieschen. Freitag, 7 1/2 Uhr, im Goldenen Lamm, Leubauer, Mitgliederversammlung. Genosse Redakteur Heilbut spricht über: Lebenserneuerung. Die Genossinnen sind zu diesem interessanten Thema besonders geladen.

6. Unterbezirk

Bezirk Briesen-Omsewitz. Donnerstag den 13. September, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in der Kammelschänke. Tagesordnung: Die wirtschaftliche und politische Lage. Referent: Genosse Bombach.

Gruppe Briesen-Leutenow und Remnis-Stech. Freitag den 14. September, abends 7 1/2 Uhr, in der alten 76. Volkshaus in Briesen. Nummer 8, Lichtbildvortrag des Genossen Marx: Der Sozialismus. Infolge der belebenden Wirkung durch Wort und Bild, ist es Pflicht eines jeden Genossen, für diesen Abend zu werden. Gäste willkommen. Die Arbeiterjugend sowie Naturfreunde sind herzlich eingeladen.

Bezirk Dresden-Plauen. Sonntag den 15. September, abends 7 1/2 Uhr, im Plauenischen Lagerleiter Gruppenführung. Stadtverordneter Genosse Klysch wird über die Tätigkeit der Stadtverordneten Bericht erstatten. Kein Bierzwang.

Gruppe Costa. Freitag den 14. September, abends 7 1/2 Uhr, Constantia, kleiner Saal, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Stadtverordnetenbericht. Stellungnahme zur Wahl der Stadtverordneten.

Gruppe Genna, Reich, Sebnitz, Trachitz. Freitag den 14. September, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Hausbold Gruppenversammlung. Tagesordnung: 1. Leites Referat des Genossen Sammer über die Entwicklung des Sozialismus. — 2. Verschiedenes.

Jungsozialisten Rauschitz-Gorbitz. Freitag abends 7 Uhr im Bar-Weim, Pieschstraße 9 Stb., Unterhaltungabend. Gäste sind herzlich willkommen.

Bezirk Striesen. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Werkburger Hof, Werkburger Straße, Mitgliederversammlung. Landtagsabgeordneter Bezirksrat Kurt Arzt spricht über: Die politische Lage. Zahlreiches Erscheinen unabdingbares Erfordernis.

Striesen, Gruppe 2. Freitag den 14. September, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung im Restaurant Werkburger Hof, Littmannstraße, Ecke Werkburger Straße. Landtagsabgeordneter Genosse Arzt spricht über: Die politische Lage. Außerdem Behandlung wichtiger Parteiangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird erwartet.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Dresden

Zentralbildungsanstalt. Freitag den 14. September, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Sitzung im Jugendsekretariat.

Gruppe Johannstadt. Die Fortsetzung der Verwaltungssitzung vom 6. September erfolgt Freitag den 14. September, abends 8 Uhr, in der Wohnung des Genossen Hase, Foterhauerstraße 59, 8. Tagesordnung: 1. Aussprache über das Gruppenleben; 2. Neuwahlen; 3. geschäftliche und verschiedene andre Angelegenheiten.

Verloren wurde am Sonntag im Vereinshaus von einer Jugendgenossin ein braunes Geldtäschchen mit Inhalt. Es ist von dem Finder im Jugendsekretariat abzugeben.

Jugendgenossen, Jugendgenossinnen! Kommt alle zum Jugendtreffen nach Dohna am 29. und 30. September. Sonntag Jugendfeier im Restaurant Mühlgrub. Ausföhrung der Strengnahme durch Gruppe Doidenan. Sonntag in aller frühe Führungen nach Weckenstein, Großschlitzger Garten und durch das Stadtmuseum. Mittags Mittag durch die Stadt, dann Jugendleben und -treiben in und um Dohna. Quartieranmeldungen bis 18. September an Alfred Adam, Dohna i. Sa., Siedlung 18.

Sport • Spiel • Körperpflege

Arbeiter-Radsportklub. Arbeitsgemeinschaft der Radsportabteilungen, Bau 15. Ausschreibung: Dreier-Mannschaftsfahren auf der Straße Dresden-Kloßsche-Düdenort-Ostella-Badua-Nabeburg-Dresden. Bedingungen: 1. Start am 30. September 1923, 7 Uhr morgens, am Restaurant Lindengarten, Dresden-Albertstadt. Die Strecke ist zweimal zu durchfahren, insgesamt 76 Kilometer. Nach der ersten Runde 10 Minuten Zwangspause. 2. Befahren wird in Dreier-Mannschaften mit einem dritten Fahrer als Ersatz. Gebildet werden die Mannschaften nach der Zugehörigkeit zu den Abteilungen. Meldungen von Einzelsportern werden durchs Los zu Mannschaften aufgenommen. 3. Startgeld beträgt für Mannschaften 500 000 M., für Einzelfahrer 200 000 Mark, Nachmeldungen 40 Prozent Aufschlag. Startgeld ist der Meldung beizufügen. Meldeschluß am 23. September. Nachmeldungen bis eine halbe Stunde vor Start an Genossen Kurt Sonntag, Dresden-Cotta, Ringender Straße 10, oder Frischhau-Schänke, Könnersitzstraße. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Bundesstatuten (Mannschaftunterstützung usw.) für dieses Rennen nicht angewandt werden. Jeder Fahrer startet auf eigene Gefahr.

Berein für volkstümlichen Wasserdort. Vorkabteilung, 14. September, 8 Uhr, Versammlung im Volkshaus, daselbst Aufnahme neuer Mitglieder.

Veranstaltung für Politik und Saffen. Max Sachs; für Gemeindefassung: Hans Fischer; für Dresden: Oswald; für Umgebung und für den Unterhaltungsstil: Carl Rodmann, sämtlich in Dresden; für Lokales aus Preital: Richard Bombach, Wilsdruff; für Interne: Max Weichard, Dresden. Druck und Verlos von Baden & Co. Dresden.

Fabrol geg. alle Nervenerschöpfungen, Krämpfe usw. Vielf. bewährt. Aerztl. vorzögl. begutachtet. Haupt-Niederlagen: Hofapotheke, Dresden-A., Johannesapothek, Dippoldswalder Platz 2.